

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringselb.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Böcke, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 40 A.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Weilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Zur Beachtung!

Alle für Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bestimmten Einsendungen müssen bis spätestens Montag, den 21. Dezember, Morgens, in unseren Händen sein, weil des Weihnachtsfestes wegen die Expedition am Dienstag, den 22. Dezember, erfolgen muß. Die Redaktion.

Lohnbewegung.

- Zwang ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Rowawes-Neuenhof, Schönigen (B. und S. Helmke und R. Mademacher), Weikensee (Kraus, Langhansstr. 22, und Hahn & Wegler), Passan in Pommern, Aschaffenburg (Möbelfabrik Schwind), Schwäbisch Gmünd (Sebastian Haas), Ikehoe (Ehlers), Neustrelitz (Schiffswerft Gebrüder Maack), Plauen (Köhler), Güstrow, Berlin (Möbelfabrik W. Kummel, Frankfurter Allee 117), Frankenthal (Hölscher), Frankfurt a. d. O. (Möbelfabrikerei Stürmer);
- Tischlern, Maschinenarbeitern, Drechslern und Polierern nach Mühlendorf am Inn, Neusorg (Kempf & Geiger);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Frankfurt a. M. (Fabrik photographischer Apparate von Dr. R. Krügener);
- Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Ottenien (Hahn & Witte);
- Modelltischlern nach Wülfel b. Hann. (Eisenwerk);
- Nautischlern und Zimmerern nach Emden;
- Stellmachern und Schreibern nach Dorstfeld bei Dortmund (Selbstbahnfabrik von Drenlein & Koppel), Delmenhorst (Wagenfabrik von Thüjes);
- Korbmachern nach Corbeia (M. Thieme und F. Muth);
- Drechslern nach Altona (Maack), Gai nich en, Bamberg (Franke & Fidenwerth);
- Stuhlmachern nach Gummerich (Heiming & Schulte), Vergedorf;
- Stockerarbeitern nach Nixdorf (Schmeling & Barta, Thüringerstr. 18);
- Stuhlarbeitern nach Blomberg (Ramm & Co., Möbel- und Stuhlfabrik);
- Stuhlpolierern nach Dresden (Pfeiffer & Gröschel).

Unsere letzten Lohnkämpfe und was Lehren uns dieselben.

Unsere Organisation, der Holzarbeiterverband, ist heute derartig erstarrt, daß wir uns in einer Position befinden, die wohl alle, die in leitenden Stellen innerhalb der Bewegung standen und das eigentliche Wesen der Gewerkschaftsbewegung begriffen, seit Jahren herbeigewünscht haben! Wir befinden uns nämlich heute in dem Stadium, wo einsichtige Arbeitgeber einsehen, daß man mit uns rechnen muß; wo man seitens einer ganzen Reihe Arbeitgeber einsehen gelernt hat, daß es besser ist, sich mit uns auf gütlichem Wege zu verständigen, als in fortwährendem Kriegszustande mit uns zu leben. Und als Folge dieser Einsicht sehen wir im letzten Jahre in einer ganzen Reihe Städte Vertragsabschlüsse vor sich gehen.

Noch vor einigen Jahren waren auch in unseren Reihen viele Kollegen vorhanden, die Tarifvereinbarungen oder Vertragsabschlüsse auf längere Zeit mit den Arbeitgebern nicht wollten; ich erinnere nur an die Anfeindungen, welchen die Buchdrucker ausgesetzt waren, weil diese mit den Arbeitgebern einen längeren Vertrag abgeschlossen, und weil diese das Unterstützungswesen „zu sehr in den Vordergrund“ stellten! Heute sind unsere Kollegen hierüber hinweg; man hat die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, man hat in einer ganzen Reihe Städte Vertragsabschlüsse mit den Arbeitgebern zutage gebracht, und — man hat nirgends gehört,

daß der „Kampfescharakter“ unserer Organisation zum Teufel gegangen wäre, was man früher bei jeder Gelegenheit fürchtete. Ja, heute sind unsere meisten Kollegen soweit, daß sie Vertragsabschlüsse mit den Arbeitgebern für äußerst wertvoll ansehen, und mit allen Mitteln versuchen, solche nach Möglichkeit herbeizuführen. Weil man eingesehen hat, daß es besser ist, wenn für die Organisation eine Spanne Zeit der Ruhe vorhanden ist, in welcher man am inneren Ausbau derselben arbeiten und die Ausbildung der Kollegen fördern kann.

Kurz gesagt, den Wert von Arbeitsverträgen für einzelne Orte, ja, wenn möglich, für das ganze Land, haben unsere Kollegen eingesehen, und handelt es sich an dieser Stelle nur darum, nachzuweisen, in welcher Weise wir die Arbeitgeber zwingen können, mit uns Verträge abzuschließen und solche zu respektieren. Wenn in früheren Jahren unsere Kollegen ihre Lage verbessern wollten, so hieß es gewöhnlich: „Wir müssen unseren Arbeitgebern früh genug Mitteilung von unserem Vorhaben machen, sonst können die Arbeitgeber mit ihren Kostenanschlägen sich darauf nicht einrichten!“ Gewöhnlich wurde schon im Herbst den Arbeitgebern mitgeteilt: „im kommenden Frühjahr verlangen wir mehr Lohn, richtet Euch mit Euren Kostenanschlägen darauf ein!“ und die Unternehmer richteten sich darauf ein, d. h. sie richteten es so ein, daß, bevor der Zeitpunkt der Lohnbewegung gekommen war, die eiligsten Arbeiten fertig waren und der Rest eventuell nach auswärts vergeben oder bis nach der Bewegung zurückgestellt wurde. Mancher längere Streik durfte hierauf zurückzuführen sein. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß man den Arbeitgebern erst dann erzählen soll, was man will, wenn man „reife“ ist; erst dann die Forderungen unterbreitet, oder den Arbeitgebern überhaupt erst dann von der geplanten Bewegung etwas erzählt, wenn man den günstigen Zeitpunkt zur Durchführung der Forderungen gekommen erachtet.

Nehmen wir die beiden Bewegungen Cassel und Hannover als Beispiel und uns die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben, einmal vor Augen. Schon im Vorjahre war den Arbeitgebern in Cassel bekannt, daß im letzten Frühjahr unsere Kollegen ihre Lage verbessern wollten. Recht eifrig wurde nun von den Arbeitgebern gerüstet, Mahardi betrieb sein unheilvolles Handwerk mit aller Verbe, und die Kochendörfer und Knieß arbeiteten mit emsigem Fleiße, die Verhandlungen mit unseren Kollegen möglichst in die Länge zu ziehen. Unser Vorstand steht auf dem Standpunkte: „zunächst müssen alle Mittel aufgeboden werden, um durch gütliche Verhandlungen einen Streik zu vermeiden“. Ich gebe zu, daß in manchen Fällen dieses Rezept das richtige ist, vor allen Dingen dort, wo die Organisation nicht „aufgefressen“ ist; aber an manchen Orten ist es richtiger, man stellt erst die Arbeit ein und verhandelt nachher. Man vermeidet das eine damit, was in Cassel Herr Kochendörfer in einer Meisterversammlung offen aussprach, er jagte: „Meine Herren, es ist mir gelungen, die Verhandlungen so lange hinauszuziehen, daß die eiligsten Arbeiten fertiggestellt sind!“

Ich will nicht mit aller Bestimmtheit behaupten, daß der Kampf in Cassel, wenn man die Arbeitgeber nicht so früh unterrichtete, mit wenigen Tagen oder Wochen beendet war, doch ist es wahrscheinlicher, daß der Kampf für uns leichter geworden wäre, wenn wir die Arbeitgeber überraschten und ihnen nicht die lange Zeit der Vorbereitung gelassen hätten. In Hannover haben wir dieses Rezept befolgt, haben den Arbeitgebern, als wir mit Bestimmtheit wußten, daß sie recht in der Arbeit saßen, ganze 10 Stunden Bedenkzeit gegeben, und dann, als sich eine Reihe Herren nicht so schnell entschließen konnte, kurz und bündig die Arbeit eingestellt.

Dann ging das Bestimmen sehr schnell, denn, sobald die Arbeit eingestellt, kamen unsere Unterhändler, und die Unterhandlungen gingen glatt von statten; denn die längste Zeit, die eine Werkstatt sich im Streit befand, waren drei Tage! Unsere Unternehmer, die bei den großen Streiks in den Jahren 1890 und 1897 von Vertragsabschlüssen nichts wissen wollten, hatten nun durch die „Prügel“ Verständnis für die Sache bekommen und meinten, daß „man“ doch eine Garantie haben müsse, daß nicht in 14 Tagen die Gesellen schon wieder mit einer Forderung kämen und drängten auf einen Vertrag, der dann allerdings für uns weitere Zugeständnisse enthielt. Darüber sind sich sämtliche hannoversche Kollegen klar, hätten wir auch nur 14 Tage durch Verhandlungen vertriebt, dann war die eiligste Arbeit vorüber, und wir besämen in diesem Jahre nichts. Wir sind aber davon überzeugt, daß unsere Arbeitgeber den Vertrag halten werden, weil sie sich fürchten, daß bei geeigneter Gelegenheit wir Abrechnung halten werden.

Ich will nun keineswegs behaupten, daß die in Hannover angewandte Taktik überall brauchbar ist, denn es heißt immerhin, eine erprobte Organisation haben, um die Kollegen innerhalb 3 Tage vorzubringen, aber an einer ganzen Reihe Orte wird diese Taktik befolgt werden können, und werden wir am leichtesten durch dieselbe zu Vertragsabschlüssen kommen. Doch eins ist notwendig, nämlich, daß die §§ 4 und 6 unseres Streikreglements geändert werden.

§ 4. Gesuche um Genehmigung von Angriffsstreiks, welche für Frühjahr oder Sommer geplant werden, können nur dann berücksichtigt werden, wenn dieselben bis spätestens den 1. Februar eingereicht sind, von den beteiligten Verbandsmitgliedern ein dahin gehender Beschluß in geheimer Abstimmung gefaßt wurde und wenn u. a. auch die Forderung auf Abschaffung der Ueberstunden gestellt wird.

§ 6. Gesuche, welche erst für spätere Jahreszeit berücksichtigt werden sollen, müssen mindestens 3 Monate vor dem für die Arbeitseinstellung in Aussicht genommenen Termin eingereicht werden.

Es muß den Orten, welche unermutet in eine günstige Konjunktur hineinkommen, möglich sein, in einigen Tagen die Genehmigung zum Vorgehen zu erhalten. Der Verbandsvorstand soll sich, da gegenwärtig schon eine ganze Reihe verboludeter Gauvorsteher vorhanden ist, auf diese verlassen können, und falls er glaubt, daß deren Gutachten nicht zu trauen ist, falls nicht wegen finanzieller Schwierigkeiten eine Genehmigung von vornherein unmöglich, durch ein Mitglied des Vorstandes Informationen an den einzelnen Orten einzuziehen, um seine Entscheidung schleunigst zu fällen; denn bei manchen Bewegungen ist schleuniges Vorgehen geboten im Interesse des Verbandes und der in Betracht kommenden Kollegen. Ich bin ja der Ueberzeugung, daß in einer Reihe von Jahren, wenn nicht besondere Ereignisse den Ausbau des Verbandes hemmen, es nur noch wenige Streiks um Erhöhung der Löhne geben wird, aber gegenwärtig können wir auf diese Streiks noch nicht verzichten, weil die Arbeitgeber noch nicht freiwillig von Zeit zu Zeit die notwendigen Lohnerhöhungen vornehmen werden, und weil dieselben teilweise die Macht unserer Organisation noch nicht kennen.

Darum ist der Kampf notwendig, unsere Organisation muß Kampforganisation sein, und darum müssen wir unseren Kampf so einrichten und so führen, daß derselbe dem Gegner möglichst schwere Wunden schlägt, damit derselbe sich vor weiteren Kämpfen mit uns hütet, und die Vertragsvereinbarungen zur Verbesserung der Lage unserer Kollegen in Frieden vor sich gehen können.

Die Schlichtungskommission im Berliner Tischlergewerbe.

r. L. Im verflochtenen Sommer versuchte die Leitung des Holzarbeiterverbandes in Berlin mit den Vorständen der Unternehmerverbände in Unterhandlungen zu treten zwecks Beseitigung verschiedener durch die Krise entstandener Mißstände und Differenzen. Gleichzeitig sollte die Anweisung gegeben werden, eine Neuregelung der Tarife in den Bautischlereien herbeizuführen, die von den Bautischlern als unumgänglich notwendig bezeichnet wurde. Ob die Mitglieder der Unternehmerverbände darauf einzugehen geneigt waren, hat der Holzarbeiterverband nicht erfahren, denn es ist zu keiner Verhandlung gekommen, weil der Unternehmerverband das Verlangen abschlägig beschieden hat. Das konnte die Arbeiter natürlich nicht daran hindern, die Beseitigung der Mißstände und die Verbesserung der Tarife anzustreben. In einer großen Anzahl Werkstätten stellten sie ihre Forderungen, die fast überall bewilligt worden sind. In den wenigen Betrieben, in denen es ohne Streik kein Entgegenkommen gibt, war der Streik nur von kurzer Dauer und endigte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überall mit einem Erfolge der Gesellen. Welchen Umfang die Bewegung angenommen hatte, geht aus dem Vierteljahresbericht des Verbandes hervor, nach welchem im dritten Quartal annähernd 4000 Kollegen an den Werkstattlämpfen teilnahmen. Während die Unternehmerpresse der Holzindustriellen bisher stets grundsätzlich gegen jede tarifliche Vereinbarung Stimmung machte, scheint durch diese Vorgänge ein Umschwung bei den Unternehmerverbänden erfolgt zu sein. In einem Leitartikel der „Fachzeitung“ wurde plötzlich den Tarifverträgen das Wort gegeben. Bald darauf wurde der Holzarbeiterverband besucht, mit einer Kommission der Unternehmer über die Beseitigung der Differenzen zu beraten. Es ist selbstverständlich, daß der Verband darauf einging und sieben Mitglieder bestimmte, die die Verhandlungen aufnehmen sollten. Da die Vertreter des Verbandes den Gegenstand der Beratung im Voraus nicht wissen konnten, haben sie erklärterweise vorher nicht darüber beschließen können, den Unternehmern eine bestimmte Erklärung vorzulegen. Sie nahmen an den Beratungen teil, um zuerst einmal zu erfahren, welche Vorschläge die Meister machen werden. Die Vorstände der Unternehmerverbände, welche die Verhandlungen beauftragt hatten, mußten also erst ihre Vorschläge begründen. Sie wünschten, mit den Arbeitern ein Abkommen zu treffen, wonach bei allen Werkstattdifferenzen eine Verhandlung zwischen den beiden Organisationen stattfinden soll, ehe die Arbeiter in den Streik treten oder entlassen werden. Solche Verhandlungen hatten in den Jahren 1898 und 1899 regelmäßig stattgefunden. Eine bestimmte Kommission bestand damals nicht. Der Verband bestimmte jedesmal andere Kollegen, die mit den in der streitenden Werkstatt hergestellten Arbeiten am besten vertraut waren. Auch die beim Abschluß des Streiks im Jahre 1900 errichtete Achteckerkommission war schon eine solche Einrichtung, die aber von Seiten der Meister nicht mehr anerkannt wurde. Da die nun vorgeschlagene Kommission in erster Linie die Differenzen schlichten sollte hieß es: „eine Art „Schlichtungskommission“ wünschen wir“; deshalb wurde auch nachträglich nur noch von der „Schlichtungskommission“ geredet. In der Diskussion verlangte ein Meister eine einwöchige Frist zwischen der Ueberreichung der Forderungen und der Arbeitsniederlegung. Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklärten den Meistern, daß sie im Prinzip stets für gegenseitige Vereinbarungen, für Tarifverträge und tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen eingetreten seien. Wenn keine Abmachungen zu stande gekommen sind, so liegt es an dem Verhalten der Meister, die jeder Regelung der durch die wechselnden Verhältnisse entstehenden Differenzen feindlich gegenüberstehen haben. Frühere Vereinbarungen sind von den Meistern nicht immer eingehalten worden. Durch die Aufhebung der Achteckerkommission sei eine große Mißstimmung unter den Arbeitern hervorgerufen worden. Bei späteren Gelegenheiten haben die Arbeiter gezeigt, daß sie geneigt waren, einer Verständigung nicht aus dem Wege zu gehen. Die von den Arbeitern gemachten Vorschläge sind aber stets von den Meistern abgelehnt worden. Die Arbeiter werden es begrüßen, wenn die Unternehmerorganisationen zu der Einsicht gekommen sind, die Arbeitsverhältnisse vertragsmäßig zu regeln. Auf die Frage der einwöchigen Frist beim Streik konnte nicht ernstlich eingegangen werden. Es wurde dagegen einwundernd, daß sich dann die Meister beschließen müßten, den Gesellen für diese Woche das Kostgeld zu zahlen. Die Kommission zu wählen, welche die Vorschläge durchberaten soll und bestimmte Fälle aufstellt, die einer etwaigen „Schlichtungskommission“ als Grundlage dienen können.

Diese Vorgänge sind durchaus nicht von weittragender Bedeutung, schon deshalb nicht, weil ein positives Resultat der Verhandlungen nicht vorliegt. Die Verhandlungen sind trotzdem von der Presse als wichtiges Ereignis in der Berliner Holzindustrie angesehen. Die Ursache

liegt in der irrtümlichen Berichterstattung der „Fachzeitung“ der Tischlermeister. Der von den Meistern hinzugezogene Berichterstatter war bemüht, die Ausführungen jedes einzelnen Redners im Bericht wiederzugeben. Da das aber nur in sehr abgekürzter Weise geschehen kann, ist es leicht erklärlich, wenn die aus dem Zusammenhang herausgerissenen Sätze eine ganz irrtümliche Auffassung ermöglichen. Der Berichterstatter der „Fachzeitung“, der anscheinend nicht zu einer der Parteien gehört und an solchen Beratungen noch nicht häufig beteiligt war, hat auch das Ergebnis der Verhandlung nicht richtig präzisiert. Es hätte aus dem Bericht klar hervorgehen müssen, daß vorerst nur die Vorbereitungskommission zu stande gekommen ist. Aus dem Bericht der „Fachzeitung“ glaubt die „Soziale Praxis“ entnehmen zu können, es sei schon ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem bei allen Differenzen eine Schlichtungskommission in Tätigkeit tritt. Sie begründet dieses Ereignis als einen bedeutsamen Vorgang im Berliner Tischlergewerbe, durch welchen alle Feindseligkeiten aufgehoben werden und fortan ein harmonisches Zusammenwirken der Arbeiter- und Unternehmerorganisation stattfinden werde.

Die „Einigkeit“, das Organ der lokalorganisierten Arbeiter, berichtet ihren Lesern ebenfalls von einem fertigen Vertrage zwischen Holzarbeiterverband und Unternehmerorganisation. Es muß natürlich Bestremden erregen, wenn die Redaktion einer Arbeiterzeitung so wenig über die tatsächlichen Vorgänge im Tischlergewerbe informiert ist und so wenig Verständnis dafür zeigt, daß sie aus dem Bericht der „Fachzeitung“ herausliest, es sei ein Vertrag abgeschlossen worden und eine Schlichtungskommission eingesetzt.

Die „Einigkeit“ beschimpft sogar schon die Kollegen, die vom Verband zur Verhandlung geschickt wurden, um zu hören, welche Vorschläge die Meister machen werden. Sie bezeichnet sie schon als die Schlichtungskommission. Das muß allerdings den Eindruck erwecken, als wenn die „Einigkeit“ aus Bosheit ihre Leser absichtlich falsch berichtet, nur, damit sie dann über die, dem Verband durch die „Einigkeit“ angebotene „Schandtat“ gehörig schimpfen kann. Sie hätte diese Täuschung gar nicht notwendig. Sie kann auch ganz gut schimpfen, wenn sie ihre Leser richtig informiert hätte. Mit den Lokalorganisierten und ihrer „Einigkeit“ über die Angelegenheit zu streiten, erübrigt sich, denn sie werden sofort ein neues verbessertes Geschimpfe loslassen, wenn ihnen gesagt wird, daß die Dinge ganz anders liegen. Sie sind entrüstet über die Schlichtungskommission, sie würden natürlich ebenso entrüstet sein, wenn keine Verständigung stattfindet und wie in der Klavierbranche vom Verband vorgegangen wird. Man lese die „Einigkeit“ und man wird mit Staunen irahrnehmen müssen, wie sie beides als Verrat bezeichnet, bei den Tischlern die Verhandlung mit den Meistern und bei den Klavierarbeitern das Vorgehen gegen die Unternehmer. Darin liegt gerade die Tendenz der Lokalorganisationen. Es ist ihnen deshalb auch eine Kleinigkeit, mit halb so hohen Beträgen zu wirtschaften wie die Zentralverbände.

Die irrtümliche Auffassung der „Fachzeitung“ haben sich auch die Unternehmer teilweise zu eigen gemacht. Als aus Anlaß des Streiks bei der Firma Kümme Verhandlungen zwischen dem Verband und der „Vereinigung der Berliner Holzindustriellen“ stattfanden, wurde nach Schluß der Verhandlungen von mehreren Meistern privatim die Ansicht ausgesprochen, die damalige Beratung habe die Situation soweit geklärt, daß die Organisation nur noch die Mitglieder der Schlichtungskommission zu wählen habe. Sie glaubten, ohne weiteres mit dem Verband eine Schlichtungskommission einsetzen zu können, da ja zwischen dem Verband und der Vereinigung der Holzindustriellen keine Differenzen beständen. Der Kampf um den Arbeitsnachweis müsse sich nach ihrer Meinung also nur zwischen der Tischlerinnung und dem Verband abspielen.

Diese Meister dürften wohl durch die Verhandlung wegen des Streiks bei Herrn Kümme überzeugt worden sein, daß eine Schlichtungskommission erst dann eingesetzt werden kann, wenn die bisherigen Streitobjekte beseitigt und die Arbeitsbedingungen vertragsmäßig geregelt sind, so daß die Kommission eine bestimmte Grundlage hat, nach welcher entstehende Streitigkeiten geregelt werden können. Beim Streik der Kümme'schen Werkstatt mußten sich die Vertreter einzig um die Forderung: Lohnsicherung bei neuer Arbeit, fünf Stunden herumstreiten, ohne daß diese Frage endgültig erledigt werden konnte.

Der Holzarbeiterverband strebt die Errichtung einer „Schlichtungskommission“ an. Die Arbeiter befürchten nur, daß diese Einrichtung wieder an dem ablehnenden Verhalten der Meister scheitern wird. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind eben der Meinung, daß erst die noch nicht erledigten Streitfragen beigelegt werden müssen. Die wichtigste Streitfrage ist der Arbeitsnachweis, um den der Kampf noch fortwährend mit der gleichen Heftigkeit weitergeführt wird. Die Aufhebung des Innungsnachweises und die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises ist

die erste Vorbedingung, die erfüllt werden muß, ehe Verträge geschlossen werden können. Im Laufe der letzten Jahre sind verschiedene Streitfragen mehr in den Vordergrund gedrängt worden, so z. B. die Lohnsicherung bei neuer Akkordarbeit. Die früher in Berlin hergestellten einfachen Spezialarbeiten sind mehr und mehr nach den Fabrikbetrieben der Provinz verlegt worden. An ihrer Stelle werden jetzt bessere jüngerer Arbeiter nach Zeichnung angefertigt, die das Aufstellen von Akkordtarifen sehr erschweren und zur Einführung der Lohnarbeit hindrängen. Da nun die kompliziertere Arbeit meistens in Akkord angefertigt werden soll, ist es erklärlich, daß von den Arbeitern die Forderung: Lohnsicherung bei Akkordarbeit, aufgestellt wird. Ueber diese Frage muß ebenfalls eine Einigung zwischen den Organisationen stattfinden, desgleichen betreffs der Neuregelung der Tarife in Bautischlereien. Wenn diese Fragen erst erledigt sind und eine vertragsmäßige Festlegung der Arbeitsbedingungen stattgefunden hat, dann ist die Grundlage vorhanden, auf welcher die Schlichtungskommission arbeiten kann. Diesem Ziele zuzustreben, wird der Verband nach wie vor bemüht sein.

Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter in Berlin

Beschäftigte sich in seiner letzten Generalversammlung mit dem Anschluß an den Holzarbeiterverband. Da die Versammlung im Prinzip für den Anschluß ist, verhandelte der Vorstand des Vereins am 30. November mit der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Berlin über die Uebertrittsbedingungen. Der Verein hat 1200 Mitglieder, während im Holzarbeiterverband nur circa 100 Maschinenarbeiter organisiert sind. Der wöchentliche Beitrag beträgt 60 A. Die Arbeitslosenunterstützung besteht zur Zeit im Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter nicht, jedoch wird das von den Mitgliedern nicht als Grund angesehen, sich dem Uebertritt im Wege zu stellen; denn sie haben sich durch Verjämmerungsbeschluß für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erklärt. Neben Streikunterstützung, Krankenkasse usw., leistet der Verein einen Zuschuß zur Krankenunterstützung von 1/6 pro Woche. Diese Krankenunterstützung wollen die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter im Falle eines Uebertritts beibehalten. Für sie ist die Krankenunterstützung eine Notwendigkeit, da die meisten Arbeiter dieser Branche wegen ihres vorgeschrittenen Alters keine Aufnahme in einer Zuschuß- oder Pflanzkasse finden. Sie haben aber infolge häufiger Unfälle mit öfteren Krankheitsfällen zu rechnen.

Der öftere Krankheitsfälle zu rechnen. Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter beim Uebertritt zum Holzarbeiterverband zu zahlen gewillt sind, müßte natürlich für die Branche obligatorisch sein, weil sonst die Zuschußkasse nicht bestehen könnte. Der gut funktionierende Arbeitsnachweis des Vereins soll auch nach dem Uebertritt gefordert weitergeführt werden. Die einzigen Bedenken, die gegen den Uebertritt geltend gemacht werden könnten, wäre die Befürchtung, daß sich eine Anzahl Leute abspalten, um einen neuen Lokalverein zu gründen, mit dem der Holzarbeiterverband einen ständigen Kampf zu führen hätte. Nach dem bisherigen Verhalten der Rekruten ist diese Befürchtung nicht von der Hand zu weisen. Der Vorstand des Vereins will den Uebertritt auch erst dann beschließen, wenn der Uebertritt mit einer großen Majorität beschlossen wird.

Vor circa 6 Jahren trat der damalige, etwa 900 Mitglieder zählende Zentralverband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter Deutschlands zum Holzarbeiterverband über. In der Berliner Zahlstelle dieses Verbandes, die damals 600 Mitglieder hatte, entstand eine Spaltung. Die größere Hälfte gründete einen Lokalverein. Damit nun nicht zwei gleichzeitig belämpfte Organisationen bestehen sollten, traten auch die Anhänger des Zentralverbandes ebenfalls diesem Lokalverein bei. Sie ließen sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß jeder Arbeiter der Organisation angehören muß, welche die Mehrzahl der Berufsangehörigen eines Ortes für die richtige hält, und innerhalb dieser Organisation muß man dann die übrigen Arbeiter des Berufsgebietes für seine Ansicht zu gewinnen suchen. Dieses Beispiel müßte auch unseren anders organisierten Kollegen vor Augen geführt werden.

Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter hat mit dem Holzarbeiterverband in engerer Fühlung gestanden. Beide Organisationen und der Verband der Möbelpolierer hatten einen Kartellvertrag miteinander abgeschlossen. Häufig mußten aus Grund dieses Vertrages die Arbeiter einer Branche herausgezogen werden, um die Forderungen der übrigen Branchen durchzudrücken. An den Verwaltungssitzungen des Holzarbeiterverbandes nahm stets ein Vertreter des Verbandes der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter und der Möbelpolierer teil. Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter war nicht der Geschäftskommission der Lokalvereiner, sondern der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossen.

Wenn sich jetzt noch keine genügend große Majorität für den Anschluß an den Holzarbeiterverband finden sollte, so ist es trotzdem nur noch eine Frage der Zeit, wozu auch die Gegner des Anschlusses überzeugt sein dürften. Sie müßten deshalb den einmal doch unvermeidlichen Uebertritt nicht lange hinausschieben, sondern rechtzeitig beizutreten, damit sie sich in ihren Versammlungen wieder mehr ihren gewerkschaftlichen Aufgaben zuwenden können.

Die partielle Lohnbewegung der Berliner Musikinstrumentenarbeiter und das Verhalten der Leitung des Samvereins (Lokalorganisation) hierzu.

Wie in Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet wurde, fand am 12. Oktober eine öffentliche Musizierenmentenarbeiterversammlung in Berlin statt, die von der Branchenkommission einberufen worden war. Die Musikinstrumentenarbeiter wurden in dieser Versammlung von derselben darauf aufmerksam gemacht, daß in ihrem Berufe eine außerordentlich gute Konjunktur eingetreten habe, und

daß es infolgedessen jetzt an der Zeit sei, die in einer Anzahl von Fabriken schon öfter geäußerten Wünsche auf Aufbesserung der Affordpreise und dergleichen verwirklichen zu können. An eine allgemeine Lohnbewegung konnte leider nicht gedacht werden, wie der Branchenvertreter Siefeld bei ausfuhrte, weil dazu die Organisationsverhältnisse immerhin noch zu schlecht seien. Nach den Feststellungen der Branchenkommission sind von circa 5500 bis 6000 in Berlin und Vororte beschäftigten Musikinstrumentenarbeiter 1200 im Holzarbeiterverband organisiert, 600 bis 700 sollen dem Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter angehören, gut 200 sind im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein und 250 verteilen sich auf verschiedene andere Organisationen, wie Metallarbeiterverband, Maschinenarbeiterverband, Tischspoliererverband u. a.

Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher es den Kollegen zur Pflicht gemacht wird, in solchen Vertrieben, in welchen es notwendig erscheint und die Voraussetzungen günstige sind, Forderungen zu stellen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen. Ebenso sollte auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden, wo noch eine längere bestand, durchgeführt werden.

Die Kollegen haben sofort in einer Reihe von Fabriken Stellung zu dieser Resolution genommen. Die Branchenkommission hatte 27 Fabriken im Auge, wo ein Vorgehen der Kollegen nach Lage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse besonders geboten erschien. Die Kommission wählte teils den Werkstattbesprechungen der Arbeiter dieser Fabriken bei, teils berief sie selbst zu diesem Zwecke Werkstattbesprechungen ein. In 14 Betrieben haben dann auch die Kollegen neben einer Verkürzung der Arbeitszeit die Forderung auf Erhöhung der Affordpreise gestellt. Ohne Arbeitsniederlegung bewilligten 12 Unternehmer. In einem Falle mußten die Kollegen einen Tag, in einem anderen eine reichliche Woche streiken, ehe der vorgelegte Affordtarif Anerkennung seitens der Fabrikanten fand. Einer dieser Unternehmer hat allerdings eine Verkürzung der Arbeitszeit von 5 1/2 auf 52 Stunden pro Woche erst für Januar versprochen. Die Kollegen gaben sich damit zufrieden, nachdem eine Aufbesserung sämtlicher Affordpreise bewilligt worden war. Außer den genannten 14 legte ein Unternehmer von selbst auf mehrere Positionen etwas zu, ehe noch die Kollegen Stellung dazu genommen. Sie haben noch die weitere Forderung nicht gestellt. In 4 Fabriken erschien es ratsam, nur eine Verkürzung der Arbeitszeit von 55, beziehungsweise 58 1/2 auf 52 Stunden herbeizuführen. Dies erfolgte auch in 3 Fällen. Die Arbeiter dreier anderer Betriebe, wo speziell so ziemlich die billigen Klaviere produziert werden, konnten leider nicht in eine Bewegung eintritten. Während in allen anderen Fabriken die Nachfrage nach Pianoes eine ungewöhnlich große war, mußte bei diesen dreien festgestellt werden, daß wohl ein erheblicher Vorrat von fertigen Produkten vorhanden war, Bestellungen aber nur ganz dürftig einliefen. Bei einem dieser drei Unternehmer, der übrigens neben 17 Arbeitern 18 Lehrlinge beschäftigt, ist die Situation in dieser Beziehung eine derartige, daß nach Ansicht der Kollegen in kürzerer Zeit unbedingt eine Einschränkung der Produktion Platz greifen muß. Wenn auch in diesen drei Fabriken eine Aufbesserung der Affordpreise besonders notwendig war, so mußte die Branchenkommission den Kollegen doch selbst den Rat geben, nach Lage der Sache von einem Vorgehen vorläufig Abstand zu nehmen.

In zwei weiteren Fabriken, wo die Mitglieder des Verbandes in der Minderheit und die Mehrzahl der organisierten Kollegen dem Fachverein angehörte, verliefen die von der Branchenkommission einberufenen Werkstattbesprechungen resultatlos. Es wurden dort einer Verständigung der Arbeiter von einer Seite Hindernisse in den Weg gelegt, von der man sie am wenigsten erwarten konnte. Weiter unten werde ich darauf noch zurückkommen. In den übrigen vier der von der Branchenkommission vorgezeichneten 27 Fabriken waren die Arbeiter untereinander zu uneinig, um Forderungen stellen zu können.

Nun haben ja auch die Kollegen einer ganzen Reihe anderer Fabriken sich mit der in der öffentlichen Versammlung angenommenen Resolution beschäftigt. Die Branchenkommission hatte jedoch keine Veranlassung, diese Kollegen zu einem Vorgehen aufzumuntern, da dort zum Teil im Verhältnis zu den oben angeführten 27 Fabriken noch nicht die schlechtesten Verhältnisse herrschten, zum Teil aber auch die Organisation eine zu schwache war.

Nur vor der öffentlichen Versammlung, Ende September und Anfang Oktober, hatten die Kollegen schon in vier Fabriken Forderungen auf Erhöhung der Preise gestellt. In einer derselben, bei der Firma Krill & Co., war dies auf Veranlassung der Fachvereinskollegen geschehen. Die dieserhalb ausgebrochenen Differenzen wurden ebenfalls in allen vier Fällen ohne Arbeitsniederlegung zu Gunsten der Kollegen beigelegt.

Dann wurde der Branchenkommission in der zweiten Hälfte des November mitgeteilt, daß der Inhaber einer der größten Pianofabriken einzelne Affordpreise in seiner Fabrik erhöht hat, wahrscheinlich, um vorzubeugen, daß seine Leute mit Forderungen an ihn herantreten konnten. Ferner brachen Anfang November bei einer Firma Differenzen aus durch die Einführung der Abputzmaschine. Der Unternehmer wollte für die von der Maschine geleistete Arbeit einen außergewöhnlich hohen Betrag von den betreffenden Affordpreisen in Abzug bringen, wodurch sich die Arbeiter benachteiligt fühlten und in den Streik traten. Die Arbeiter, welche zum Teil im Fachverein organisiert waren und Mitglieder des Verbandes nach in Frage kamen, haben bei dieser Gelegenheit eine Verkürzung der bestehenden wöchentlichen Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden nicht gefordert, trotzdem eine derartige Regelung der Arbeitszeit in solchem Falle nahelegend und auch leicht durchzuführen gewesen wäre. Sie haben nach einigen Tagen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Unternehmer versprochen hatte, vorläufig alles beim Alten zu lassen.

Nach dem oben Berichteten haben also in 21 Betrieben die Arbeiter die gut gehende Konjunktur mit Erfolg benutzt, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Außerdem haben in zwei Fabriken die Unternehmer von selbst eine Aufbesserung der Preise vorgenommen, allerdings auch wohl nur deshalb, um vorzubeugen, daß die Arbeiter mit höheren Forderungen kommen.

Wenn man nun bedenkt, daß die Berliner Musikinstrumentenarbeiter sich seit dem verloren gegangenen Streik von 1896 nicht in der Defensive befunden haben, daß sie fortgesetzt nur dafür zu kämpfen hatten, eine Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren, so kann man vorläufig mit dem geringen Erfolge wohl zufrieden sein. Was kann es, wenn auch, wie aus dem oben Berichteten hervorgeht, für die Tätigkeit der Organisation auf diesem Gebiet noch ein weiteres Feld der Verarbeitung über bieten.

Das Vortreiben der Branchenkommission, noch für weitere Kreise der Kollegenschaft Vorteile aus der augenblicklich günstigen Geschäftslage der Berliner Musikinstrumentenindustrie herauszuholen, hätte jedenfalls noch einen größeren Erfolg gehabt, wenn dem nicht von der Leitung des Fachvereins unerwartete Hindernisse in den Weg gelegt worden wären. Während die Mitglieder des Fachvereins in mehreren Betrieben, wo sie an den stattgefundenen Differenzen beteiligt waren, in auerkenntniswerter Weise im Verein mit den Verbandskollegen bemüht waren, die aufgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen, war das Verhalten einzelner Vorstandsmitglieder des Fachvereins bei den Werkstattbesprechungen ein solches, daß es unbedingt hemmend auf ein Vorgehen der Kollegen wirken mußte.

Am 23. November hatte nun die Branchenkommission des Verbandes eine öffentliche Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter einberufen mit der Tagesordnung: „Bericht über die partielle Lohnbewegung und das Verhalten der Leitung des Fachvereins hierzu.“ Es war nun von letzterer selbst eine lebhaftige Agitation für den Besuch der Versammlung entfaltet worden. Infolgedessen war der Saal überfüllt. Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter bildete mit den verbündeten Lokalorganisierten der Tischler, Köpfer und anderer Berufe nahezu zwei Fünftel der Versammelten. Besonders stark war der Fachverein der Tischler mit dem „Vertrauensmann der Tischler Deutschlands“, Hürtler, vertreten.

Der Branchenvertreter Siefeld berichtete über den Verlauf der Lohnbewegung. Er ging dabei ausführlich auf die Auslassungen des Fabrikantenorgans, der „Musikinstrumentenzeitung“, ein. Dieses widmet in ihrer Nr. 3 der Angelegenheit einen Leitartikel. Er verlas mehrere Stellen aus diesem und widerlegte die darin aufgestellten Behauptungen. Er wies dann darauf hin, daß aus dem ganzen Artikel eine gewisse Angst vor der geplanten Bewegung spricht. Das Vorgehen der Arbeiter ist durch die Ausführungen des Fabrikantenorgans in keiner Weise einträchtig worden. Da ist plötzlich der gängigste „Musikinstrumentenzeitung“ unerwartet Hilfe gekommen.

In der Versammlung vom 12. Oktober hatten sich an der Diskussion auch drei Vorstandsmitglieder des Fachvereins beteiligt. Sie vertraten zum Teil die Meinung, die Zeit sei schon zu weit vorgeschritten, um noch eine größere Aktion unternehmen zu können. Daß wir eine außergewöhnlich gute Konjunktur haben, wurde von ihnen nicht bestritten. Vor allen Dingen aber gingen ihnen die Forderungen nicht weit genug.

Wenn man nach diesem aber glaupte, daß die Leitung des Fachvereins die günstige Geschäftslage in viel schärferer Form für ihre Mitglieder auszunutzen und dieselben veranlassen würde, weitergehende Forderungen zu stellen, so war das ein Irrtum. In der Generalversammlung des Fachvereins vom 19. Oktober referierte Kleinlein über die von der Branchenkommission des Verbandes geplante Bewegung und schlug dabei folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß die Lohnverhältnisse in unserem Berufe, besonders seit Einführung der ausgedehnten Teilarbeit, schon seit langer Zeit verbesserungsbedürftig sind, erklärt sich die heutige Generalversammlung im Prinzip mit der Lohnbewegung einverstanden. In Erwägung jedoch, daß die Lohnbewegung einseitig inszeniert, ohne mit dem Fachverein Beratungen gepflogen zu haben, der doch die einzige Gewähr für ein erfolgreiches Vorgehen geboten hätte, und da infolgedessen jede Vorbedingung, vor allen Dingen eine den Forderungen entsprechende Agitation unterbleibt; da ferner das Verhalten des Holzarbeiterverbandes bei allen Lohnstreitigkeiten der letzten Jahre in unserem Berufe ein solches war, das niemals darauf schließen läßt, daß es dem Verbands mit seinem Vorgehen ernst ist, erklärt die heutige Versammlung die eingeleitete Lohnbewegung für ein Scheinmanöver, eingeleitet, nicht um die Lage der Berliner Berufsgenossen ernsthaft zu heben, sondern, um den Fachverein zu überrumpeln und in seiner Fortentwicklung zu schädigen. Die Versammelten erklären, wie bisher der Kleintrieb im Berufe auch ferner weiterzuführen und zur gegebenen Zeit eine allgemeine Lohnbewegung, die sich auf alle Betriebe zu erstrecken hat, zu veranlassen. Wir sprechen jeder anderen Organisation das Recht ab, ohne unsere Organisation zu Rate zu ziehen, öffentlich Beschlüsse zu fassen, deren Durchführung den gesamten Berliner Musikinstrumentenarbeitern obliegt.“

Diese Resolution fand Annahme. Siefeld behandelte nun die Frage, ob es notwendig gewesen sei, eine derartige Resolution anzunehmen. Siefeld wies darauf hin, daß er auf die Meinung Kleinleins hin, eine allgemeine Lohnbewegung einzuleiten, in der öffentlichen Versammlung vom 12. Oktober ausdrücklich ausgeführt habe, daß eine allgemeine Lohnbewegung bei den augenblicklichen Organisationsverhältnissen unmöglich sei, daß man aber die günstige Zeit nicht vorübergehen lassen dürfe, um wenigstens in eine partielle Lohnbewegung einzutreten. Er habe ferner ausgeführt, daß infolgedessen eine vorherige Verständigung im allgemeinen mit dem Fachverein nicht notwendig sei, daß aber selbstverständlich in jedem einzelnen Falle eine vorherige Verständigung herbeigeführt werde. Bei allen Differenzen, wo Verband und Fachverein in Frage gekommen sind, haben bisher die Vertreter beider Organisationen in den Werkstattbesprechungen gemeinsam beraten. Wenn in einem solchen Falle der Fachverein nicht vertreten war, haben wir die beteiligten Mitglieder desselben aufgefordert, den Vorstand ihres Vereins sofort zu benachrichtigen. Es ist dann auch nicht eher vorgegangen worden, bis eine beiderseitige Verständigung erzielt war. Die Verhandlungen mit dem Unternehmer sind dann auch gemeinsam geführt worden. Dies Verhältnis bleibe selbstverständlich nach wie vor bestehen. Siefeld meinte diese seine Ausführungen am 12. Oktober konnten unmöglich den auswendigen Vorstandsmitgliedern des Fachvereins entgangen sein, und damit erledigte sich der vollständig ungerechtfertigte

Vormurf, eine beiderseitige Verständigung unterlassen zu haben. Wenn nun weiter in der Resolution behauptet werde, daß das Verhalten des Verbandes bei allen Lohnstreitigkeiten in unserem Berufe ein solches gewesen sei, das niemals darauf schließen läßt, daß es dem Verband mit seinem Vorgehen ernst ist, so ist das eine unerhörte Unterstellung und Verleumdung. Siefeld forderte die nachfolgenden Diskussionsredner des Fachvereins auf, hier öffentlich derartige Fälle zu nennen. Der Verfasser der Resolution glaubt, der Verband habe ein Scheinmanöver geplant, um den Fachverein zu überrumpeln. Damit stellt er seiner Organisation ein Armutzeugnis aus, wenn er argüht, daß der Fachverein durch eine partielle Lohnbewegung überrumpelt werden könne. Der Holzarbeiterverband könne niemals durch eine Lohnbewegung überrumpelt werden. Daß man eine solche von Annahmungen und Verleumdungen über den Verband trotzende Resolution annahm, sei an sich noch nicht so erheblich. Charakteristisch aber sei, wie diese Resolution in die Öffentlichkeit gelangte. Zuerst stand sie im Fabrikantenorgan, das natürlich in seiner Nr. 4 dies weidlich für seine Zwecke ausnützte. Dies sei besonders auffällig, weil zur Generalversammlung des Fachvereins ohne Mitgliedsbuch niemand Zutritt hatte. Vier Wochen lang waren die Fabrikanten in der Lage, diese Resolution gegen den Verband auszunutzen, ohne daß von Seiten des Fachvereins eine Abfrage an das Fabrikantenorgan erfolgte. Dadurch, daß man in dem Augenblick den Unternehmern Waffen gegen den Verband in die Hand drückte, in welchem er sich mit denselben im Kampfe um eine Verbesserung der Verhältnisse befand, hat man die Interessen der gesamten Musikinstrumentenarbeiter geschädigt, um seine Sonderinteressen fördern zu können.

Das Verhalten einiger Vertreter des Fachvereins in den Werkstattbesprechungen sei auch ein der Resolution entsprechendes gewesen. Bei der Firma Bell & Co., wo neben 17 Verbandskollegen unter 30 Fachvereinsmitgliedern der Vereinsvorsitzende Gaffner beschäftigt ist, erklärte derselbe in dem vom Verband einberufenen Werkstattbesprechung, eine Erhöhung der Affordpreise für einzelne Branchen sei hier wohl notwendig, doch habe er und noch mehrere andere Vereinskollegen beschlossen, auf Grund des in der öffentlichen Versammlung gefassten Beschlusses nicht vorzugehen. Trotzdem in diesem Betriebe die Umlieferer vor zwei Jahren der schlechten Preise wegen vergeblich gestreift haben und jetzt alle Voraussetzungen für ein Vorgehen vorhanden waren, konnten sich die Kollegen zu einem Vorgehen nicht entschließen nach den erregten Debatten, die dort geführt worden sind. Genau so war es bei der Firma Wenzel, wo ebenfalls der Fachverein in der Mehrheit war; dort wurde in der Werkstattbesprechung eine derartige Diskussion von den Vertretern des Fachvereins verursacht, daß man die Kollegen zum großen Teil aus der Sitzung hinaussetzte. Unter anderem fuhrte der eine Vertreter des Fachvereins an, es sei zu einem Vorgehen zu spät; der andere meinte, der Verband hätte sich in diesen Betrieb nicht zu kümmern brauchen, da sie in den nächsten Wochen von ihrer Seite eine Werkstattbesprechung einberufen hätten, um die Kollegen zum Vorgehen zu veranlassen. Siefeld wies auf den Umstand hin, daß die Unternehmer in den meisten Fällen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt hätten. Dies beweise zur Genüge, daß es noch nicht zu spät gewesen sei. Zum Schluß meinte er, es gehe aus dem Verhalten der Leitung des Fachvereins klar hervor, daß ihr die Förderung ihrer Sonderinteressen weit wichtiger sei als das Wohl der Allgemeinheit.

In der Diskussion sprachen drei Redner des Fachvereins und einer vom Verband. Keiner der ersteren konnte der Aufforderung Siefelds nachkommen, durch Anführung von bestimmten Fällen zu beweisen, daß der Verband bei Lohnstreitigkeiten die Interessen der Arbeiter nicht voll und ganz gewahrt hätte. Wie schon vorher bei dem Referate Siefelds verschiedene Fachvereinsler durch Zwischenrufe, so gab in der Diskussion besonders Piepenhagen vom Fachverein in unverhohlener Weise darüber Ausdruck, daß es gelungen war, den Verband bei der von ihm eingeleiteten Bewegung zu hindern. „Wir haben Euch doch gezeigt“, meinte er, „daß Ihr ohne uns nichts machen könnt.“ Dann behandelte er ausführlich die Frage, was der Fachverein vor 1896 für die Kollegen geleistet und was 1896 die Verbandskollegen für ungeheure Opfer gebracht haben. Dies sprickte überhaupt bei den Ausführungen aller drei Redner des Fachvereins eine große Rolle.

Wenn die Leiter des Fachvereins auf dies Traditionelle so großen Wert legen, so ist ihr Verhalten bei den oben geschilderten Vorgängen desto mehr zu verurteilen. Noch bedauerlicher ist aber, daß, wie es scheint, die streikenden Klavierarbeiter von 1896, die wochenlang ohne jegliche Unterstützung ausgehalten haben, ihre Opfer nach jeder Richtung hin vergeblich gebracht haben. Nicht nur, daß der Streik verloren ging, sondern die Leiter des Fachvereins haben aus den damaligen Ereignissen nicht einmal eine Lehre gezogen, die sich jedem aufdrängen mußte. Während der Holzarbeiterverband in Berlin seine Mitgliedsbeiträge erhöhte, um so jederzeit dem Unternehmertum die Stirne bieten zu können, erhielt der Fachverein einen Wochenbeitrag, der halb so hoch ist als der im Verband gezahlte. Daß man dabei einen größeren Fonds ansammeln könnte, ist ausgeschlossen. Ja, man vernachlässigt dabei die Verpflichtungen, durch deren Erfüllung man sich einer, wenn auch ungewissen und beschränkten Unterstützung von dritter Seite in ähnlichen Fällen sichern könnte. Diese Leute empfinden eine größere Genugtuung, wenn es ihnen gelungen ist, durch ihre niedrigen Beiträge dem Verbands einige Mitglieder abzujagen, als daß sie einmal in die Lage kommen, dem Unternehmertum nennenswerte Vorteile abringen zu können.

Gaffner vom Fachverein glaubte am besten den gegen ihn und seine Vorstandsmitglieder erhobenen Angriffen begegnen zu können, indem er gegen Verbandsmitglieder, die nicht unserer Branche angehören, persönliche Vorwürfe erhob. Er fand es unerhört, daß ein in unserem Bureau sitzender Kollege, der bei den Differenzen der Firma Kieffner einige Male den Werkstattbesprechungen beigewohnt hatte, sich dabei äußerte, die Kollegen dürfen bei uns ohne vorherige Zustimmung der Verwaltung nicht in den Streik treten. Nebenfalls hat Gaffner in dem Augenblick nicht daran gedacht, daß bei den Differenzen bei der Firma Krill & Co. die Kollegen ihr Vorgehen um 1 oder 2 Tage aufschieben mußten, weil der Vorstand des Fachvereins seine

Aufstimmung zum Streiken so schnell nicht erteilen konnte, während die Bewilligung seitens des Verbandes früher zur Stelle war.

Dann hielt es Haffner für angebracht, die Person unseres Verbandsvorsitzenden sowie die des Kollegen Kiese von der „Holzarbeiter-Zeitung“ in den Schmutz zu ziehen. Diese unqualifizierbaren und unberechtigten Angriffe gegen Personen, die gar nicht mit der zur Beratung stehenden Sache im Zusammenhang zu bringen waren und auch der Sammlung nicht beizutreten, riefen eine solche Erregung unter den Verbandskollegen hervor, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Haffner scheint übrigens der geeignete Mann zu sein, über das persönliche Verhalten anderer zu richten. Den meisten Kollegen ist noch die Matifere 1901 bei der Firma Manthey erinnerlich. Haffner, der dort beschäftigt war, hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie man als Vorstandsmitglied des Fachvereins in jämmerlicher Weise vor dem Unternehmer zu Kreuze kriecht.

Die geschilderten Vorgänge haben klar gezeigt, welche unheilvollen Wirkungen die Zersplitterung und Sonderbundel in der Gewerkschaftsbewegung hervorrufen können. Wenn bei dieser oder jener Gelegenheit von Seiten der Branchenkommision auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation hingewiesen wurde, wurde stets von den Vertretern des Fachvereins erwidert, es sei dies gar nicht nötig. Man könne getrennt marschieren und vereint schlagen. Gründlicher konnte man sich in dieser Beziehung nicht selbst widerlegen, wie es jetzt durch das Verhalten der Leitung des Fachvereins bei der vom Verband eingeleiteten parteilichen Lohnbewegung geschehen ist.

NB. Am 15. d. M. wird die Fortsetzung der aufgelösten Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftsauses erfolgen.

Wie die „Fachzeitung“ der Holzindustriellen „Terrorismus“ zusammenflügt.

In der Nr. 47 der „Fachzeitung“ vom 22. November steht folgende Notiz:

Der Walzensägenschneider Menzel aus Charlottenburg, nach dem von uns eingesehenen Zeugnis seiner Arbeitgeber ein überaus tüchtiger, ruhiger und fleißiger Mann, konnte es als Sohn eines früheren Besitzers einer Holzbearbeitungsfabrik vereinbaren, dem sozialistischen Verbände der Maschinenarbeiter beizutreten, zumal er als Mitglied eines Kriegervereins auch als Arbeiter entgegengekehrten Anschauungen huldigt. Zur Zeit des Maschinenarbeiterstreiks beging nun Menzel außerdem das Verbrechen, ausfühlsweise bei Herrn Häbiger, Grüner Weg 20, zu arbeiten. Das sollte er jedoch früher können. Nach Erledigung des Streiks wurde Menzel durch unseren Arbeitsnachweis nach der Weissenfer Holzbearbeitungsfabrik vermittelt und arbeitete daselbst zehn Wochen. Während dieser Zeit wurde derselbe auf jede Art und Weise von seinen Mitarbeitern drangsaliert. Man nannte ihn Streikbrecher und beschimpfte ihn auch in anderer Weise, brachte ihm seine Maschine in Unordnung, indem man die Schmierlöcher vernagelte, die Wandsägenblätter verschränkte, die Hobeisen zerstückte usw., so daß es für den Mann ganz unmöglich wurde, weiter zu arbeiten. Am meisten tat sich der Kesselmachermaschinenarbeiter Weg bei diesen Geldtaten hervor. Menzel gab daher seine Stellung auf und erhielt Arbeit bei der Firma Klapproth & Hoppe, Admiralstraße 18 e. Hier wiederholte sich aber nach kurzer Zeit derselbe Vorgang. Die Arbeiter der Firma kündigten ihr Arbeitsverhältnis mit dem Bemerkten, daß sie mit Menzel nicht zusammenarbeiten wollten. Die Arbeiter standen nun vor der Alternative, entweder zum zweiten Male im Laufe des Jahres in einen Streik verwickelt zu werden, oder den von ihnen hochgeschätzten und tüchtigen Arbeiter zu entlassen. Die überaus klägliche Stellung einer großen Anzahl der Berliner Tischlermeister im Frühjahr dieses Jahres konnte die Herren nicht ermutigen, es auf einen Streik ankommen zu lassen, und so wußte es ihnen auch tat. Menzel wurde entlassen. Auf Turaten seiner Kameraden aus dem Kriegerverein wandte sich Menzel direkt an den Herrn Polizeipräsidenten und trug seine Sache persönlich vor. Der Herr Präsident hat, wie wir hören, die Entscheidung des Ministers angerufen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Gemahregelte eine staatliche Anstellung erhält. Selbstverständlich ist, einem Beschluß der vereinigten Verbände gemäß, der schwer bedrängte Arbeiter, welcher Vater von sechs Kindern ist, unsererseits nicht ohne pekuniäre Unterstützung verlassen worden, da wir es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, unsere arbeitswilligen Arbeiter zu schützen. Wann endlich wird diesem wüsten Treiben der Genossen einmal ein Riegel vorgeschoben werden?

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat über diesen Fall von „Terrorismus“ Nachforschungen angestellt und stellt fest, daß die angeblichen Tatsachen, mit Ausnahme von zwei Punkten — nämlich, daß Menzel in diesem Frühjahr bei Häbiger gearbeitet hat, und daß die Arbeiter der Firma Klapproth & Hoppe nicht mit M. zusammenarbeiten wollten, warum, wird weiter unten nachgewiesen —, erlogen sind.

Der „Vorwärts“ schreibt also über den Fall folgendes: „Diese Notiz ist dann in abgekürzter Form gleichlautend in die „Germania“, „Staatsbürger-Zeitung“ und „Weissenfer Zeitung“ übergegangen, und doch ist dieselbe bis auf die zwei Punkte, daß Menzel während des Streiks in diesem Frühjahr bei Häbiger gearbeitet hat und daß die Arbeiter der Firma Klapproth & Hoppe nicht mit M. zusammenarbeiten wollten (aus welchem Grunde, werden wir weiter unten erörtern) und derselbe dann entlassen wurde, erlogen. Sie ist ebenso erlogen wie fast alle diese „Terrorismus“-Geschichten in der bürgerlichen Presse. Nur ist in diesem Falle der Urheber des Geschwafels so unvorsichtig gewesen, mit dem Namen der Beteiligten an die Öffentlichkeit zu treten, so daß man hier die Angelegenheit nachprüfen und die Lüge entziffern kann.“

Herr Menzel ist keineswegs ein absoluter Gegner der Gewerkschaften und konnte es im Jahre 1896 sehr wohl mit seiner Leberzeugung vereinbaren, Mitglied des Verbandes der Maschinenarbeiter zu sein und Streikunterstützung zu beziehen. Und dennoch hat er während des Maschinenarbeiterstreiks in diesem Frühjahr bei der Firma Häbiger arbeitswilligendienste geleistet, was um so verurteilenswerter ist, als er nach

seiner eigenen Angabe zu damaliger Zeit noch am Reichs-Versicherungsamt als Hilfsarbeiter beschäftigt war und seine „nugbringende“ Tätigkeit erst nach Beendigung der dort bestehenden Arbeitszeit entfallen konnte. Der Hauptgrund, warum Herr Menzel von der übergroßen Mehrzahl seiner Kollegen gemieden wird, ist jedoch folgender: Im Jahre 1897 oder 98 arbeitete Herr Menzel, er war damals nicht mehr Mitarbeiter des Verbandes, bei Herrn Perschke, Große Frankfurterstraße. Dasselbe entzweite er sich wegen persönlicher Angelegenheiten mit dem Maschinenarbeiter A., zu der Zeit ebenfalls nicht Mitglied des Verbandes. Als nun beide eines Tages in einem Lokale, in welchem die Arbeiter von Perschke verkehrten, zusammentrafen und der A. einem Dritten gegenüber eine unbedachte Neuerung tat, benutzte ihn Herr Menzel wegen Majestätsbeleidigung!

In der Weissenfer Holzbearbeitungsfabrik arbeitete Menzel nicht nach Erledigung des diesjährigen Streiks, sondern vom 6. Mai bis 12. Juli 1902 als Wandsägenschneider. Er wurde vom Betriebsleiter entlassen wegen schlechter Arbeitsleistung, was begrifflich ist, da Menzel wohl ein tüchtiger Walzensägenschneider sein mag, aber an der Wandsäge nicht genügend leisten kann. Der Betriebsleiter erklärte, ihn nur darum so lange behalten zu haben, weil der Menzel zahlreiche Familie hatte, und er auch glaubte, derselbe würde sich mit der Zeit einarbeiten. Sämtliche in der Fabrik beschäftigten Maschinenarbeiter waren zu der Zeit unorganisiert und ist der Menzel in keiner Weise drangsaliert oder seine Maschine in Unordnung gebracht worden.

Uebrigens hätte der Verfasser des Artikels in der Fachzeitung beim Scharfmacher Herrn Weg erfahren können, daß ein Wandsägenschneider keine Hobeisen gebraucht, und man ihm folglich auch keine zerbrechen kann. Ein Kesselmachermaschinenarbeiter Wilhelm Weg hat in der Fabrik überhaupt noch nicht gearbeitet, konnte sich also auch bei den angeblichen „Geldtaten“ nicht hervortun.

Einige Wochen nach Beendigung des Maschinenarbeiterstreiks, resp. der Aussperrung, am 9. August, lieferte Herr Menzel abermals den Beweis, wie wenig seine Gesinnung ihn vom Verbandsbureau bei dem Vorsitzenden, Genossen Jaed, persönlich um Wiederaufnahme in den Verband nach. Dieser verwies ihn auf die am Mittwoch, den 12. August, stattfindende Vorstandssitzung am, um ihm die nötigen auf gemüthliche Weise loszuwerden. In der Sitzung war Herr Menzel dann selbst anwesend und hat um seine Aufnahme unter der wiederholten Versicherung, ein tüchtiges Mitglied des Verbandes werden zu wollen. In Anbetracht seines benutzten Talents, und nur dieses war ausschlaggebend, wurde Herr Menzel aber abgewiesen.

Einige Zeit danach trat er bei der Firma Klapproth & Hoppe in Arbeit. Die Maschinenarbeiter der Firma hatten aber kein Verlangen danach, schließlich mal wegen eines unbedachten Wortes hinter schwedische Gardinen zu kommen und wünschten von den Inhabern der Firma die Entlassung des Herrn Menzel, wobei ausdrücklich der Grund angegeben wurde. Den Arbeitern wurde das Versprechen gegeben, den Menzel zu entlassen, sobald ein anderer tüchtiger Walzensägenschneider engagiert worden sei; damit gaben sich die Arbeiter zufrieden. Nach Verlauf mehrerer Wochen versuchte der Herr Menzel die übrigen Arbeiter in dem Lokale, in dem dieselben verkehrten, zu probozieren; als ihm das nicht gelang, meinte er höhnisch: „An mir traut Ihr Euch doch wohl nicht heran!“ Darauf richteten die Maschinenarbeiter ihre Kründigung ein, wodurch die Inhaber der Firma sich veranlaßt sahen, den Menzel zu entlassen, um die übrigen Arbeiter zu behalten. Auch hier ist der Menzel während seiner Tätigkeit nicht drangsaliert oder beschimpft worden, noch ist ihm seine Maschine in Unordnung gebracht worden, wie in der „Fachzeitung“ und der ihr nachtrumpfenden übrigen Scharfmacherpresse behauptet wird.

Das ist der wahre Sachverhalt. Damit vergleiche man den Artikel der „Fachzeitung“ und jeder Leser wird sich sein Urteil bilden können; denn von der „Fachzeitung“ oder den Blättern, welche die Schwindelnotiz nachgedruckt haben, wird man wohl kaum erwarten können, daß sie von dieser Nichtigstellung Notiz nehmen.

Aber noch einmal: Der Fall ist typisch! Wie Herr Menzel sehen die angeblich „terrorisierten“ Schützlinge der Scharfmacherpresse gewöhnlich aus, wenn nicht die ganze Sache gar von A bis Z erlogen ist! Wenn es uns aber dann in solchen Fällen, bis man durch möglichst ungenaue Angaben von Namen, Ort und Zeit eine Nachforschung unmöglich gemacht hat, nicht gelingt, die Lüge als solche zu erkennen, dann ruft man sich: Unsere Lüge ist wahr, weil der „Vorwärts“ das Gegenteil nicht beweisen kann. In allen Fällen, wo uns Recherchen möglich waren, haben die Ergebnisse derselben die Scharfmacherpresse stets Lügen gestraft. Freilich handelt die ruhig weiter nach dem Worte: Verleumde nur zu, etwas bleibt doch hängen!

Kundschau.

„Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine“ wird, wie die „Kieler Zeitung“ schreibt, gegenwärtig im Reichsamt des Innern erörtert. Es heißt in dem Blatte: „Entschließe sich die Regierung endlich, ans Werk zu gehen. So ist ihr die Arbeit sehr erleichtert. Eine Kommission des Reichstags hat bereits im Winter 1891/92 die Frage gründlich durchberaten und den Paragrafen eine Fassung gegeben, welche an sich wesentliche Bedenken nicht mehr hervorrief und nur im Hinblick auf das inzwischen in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch einiger Abänderungen bedarf. Ueberdies liegt eine Fülle von Material aus dem Zustande wie aus dem Inlande vor, das man nur zu sichten und zu ordnen braucht, um überzeugende Motive zusammenzustellen. Selbstverständlich müssen Berufsvereine bestimmte Bedingungen erfüllen, um staatlich anerkannt zu werden. Mit der Anerkennung erlangen sie dann aber auch den höheren Rechtsboden, auf welchem sie gegen die Willkür der Verwaltung und gegen die Zufälligkeiten der Rechtsprechung geschützt sind. Sie können Klagen und Verlage werden,

Legate annehmen, Grundeigentum erwerben, überhaupt handeln wie eine vollberechtigte Person. Diese Vorteile kommen nicht bloß den Arbeitnehmern, sondern in gleicher Weise auch den Arbeitgebern, sowie allen denjenigen Gesellschaftsklassen zu gute, welche von der neuen Rechtsform Gebrauch machen wollen. Denn der § 1 kann und soll ganz allgemein von Vereinen sprechen, welche die Förderung der Berufsinteressen bezwecken. Den Rechten pflichten Pflichten zu entsprechen. Bei der Formulierung dieser Pflichten aber jügelte man hoffentlich die bürokratische Bevormundungsjucht und dehnte die Zuständigkeitsbefugnisse nicht weiter aus, als dies im öffentlichen Interesse dringend nötig ist. So erscheint eine amtliche Kontrolle über die Verwendung der Gelder durchaus entbehrlich und eine Bestimmung, daß das Mitgliederverzeichnis den Behörden einzureichen sei, sogar gefährlich. Den Vereinen muß die Bewegungsfreiheit bleiben, sonst haben sie die Rechtsfähigkeit zu teuer bezahlt. Eine besondere Vorsicht ist außerdem bei der Umgrenzung der vermögensrechtlichen Haftbarkeit erforderlich, damit es den deutschen Gewerkschaften und Berufsvereinen nicht so ergeht wie den englischen, die, wenn sie in Streitfällen verklagt werden, befürchten müssen, ihr ganzes Vermögen zu verlieren. Werden diese Klippen glücklich umschifft, dann muß es gelingen, ein Werk zu schaffen, das den ersten Willen zur Befestigung der Arbeitsverhältnisse beweist und damit dem sozialen Frieden dient.“

Wir haben in der „Holzarbeiter-Zeitung“ wiederholt zu dieser Frage Stellung genommen, zuletzt in zwei Artikeln in Nr. 36 und 37 dieses Jahrganges. Wir haben nachgewiesen, daß, wenn nach dem englischen Rezept auch in Deutschland gegen die Berufsvereine, denen die Rechtsfähigkeit verliehen ist, verfahren würde, wir vom Regen in die Traufe kommen würden. Wenn in der „Kieler Zeitung“ ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß solche Berufsvereine mit ihrem Vermögen nicht in Streitfällen haften dürfen und sollen für den Schaden, den der eventuelle Arbeitgeber zugefügt wird, und nur unter Ausschluss dieser Haftbarmachung der Berufsvereine die Verleihung der Rechtsfähigkeit einen Sinn haben kann, so wird sie durch die „Fachzeitung“ der Holzindustriellen eines anderen belehrt. Dies unternehmerorgan schreibt:

„Dem hier vertretenen Rechtsstandpunkt können wir im allgemeinen wohl zustimmen, nicht aber dem Wunsche, die vermögensrechtliche Haftbarkeit der Berufsverbände derartig zu gestalten, daß nicht das Vermögen der Verbände nötigenfalls zur Schadloshaltung gesperrter oder sonstwie geschädigter Arbeiter in Anspruch genommen werden kann. Gerade darin erklären wir als Arbeitgeber ein Regulativ gegen den Terrorismus der Gewerkschaften, und es wird deshalb der größten Aufmerksamkeit aller handwerklichen Parteien des Reichstags bedürfen, um bei einer etwaigen Gesetzesvorlage im obigen Sinne eine empfindsame Schädigung des gesamten deutschen Gewerbes zu verhindern. Wer einem anderen Schaden zufügt, muß für diesen Schaden haftbar gemacht werden können“, dieser Grundsatz muß unter allen Umständen auch gegen Berufsverbände in Anwendung gebracht werden können. Wir fordern es als unser gutes Recht, daß der durch frivole verhängte Streiks und Sperren oder durch Streikposten schwer geschädigte Arbeitgeber die Verwaltung des betreffenden Gewerksvereins, auf dessen Veranlassung die Schädigung erfolgt ist, für den Schaden in Anspruch nehmen kann. Ein Gesetz ohne diese Bestimmung wäre für uns keinen Pfifferling wert.“

Natürlich, nur solche Gesetze haben für die Unternehmer einen Wert, die das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigen, die alles Ringen und Kämpfen um menschenwürdige Zustände unmöglich machen.

Die Arbeiter verzichten aber auf ein solches Gesetz, das ihnen die Hände bindet, würden sich aber, wenn ein solches trotzdem käme, mit ihm abzufinden wissen, zum großen Aerger der „Fachzeitung“ und deren Hintermänner.

Das Futter der christlichen Arbeiter. Im angeblichen Interesse der Arbeiterschaft richteten die christlichen Gewerkschaften an den Stadtmagistrat in Augsburg die Bitte um Errichtung einer Freibankstelle in den Arbeiterdörfern der Wertachvorstadt. In der Freibank wird bekanntlich minderwertiges, meist von kranken Tieren stammendes, jedoch noch nicht ganz verborrenes und nicht direkt gesundheitsschädliches Fleisch zu billigen Preisen verkauft. — Vor den Reichstagswahlen agitierten die christlichen Arbeiterführer für Erhöhung der Zölle, also für Verneuerung von Fleisch und Brot; nun aber bitten sie um eine Freibankstelle! Diese Ausgewerkschaftler legen somit den Arbeitgebern nahe: „Sorgt dafür, daß wir ein Pfund Fleisch für 25 ¢ bekommen, dann arbeiten wir auch noch billiger!“ Und eine derartige Arbeitervereinigung nennt sich: „Organisation zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft.“

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

1. Gau. Vorort Danzig.

Wie bekannt, findet am 27. Dezember die Gaukonferenz in Stolp statt. Alle Delegierte, welche an der Konferenz teilnehmen, eruchen wir, spätestens eine Woche vor der Konferenz sich an unterzeichnete Adresse anzumelden, wann sie am Orte eintreffen, weil die Zahlstelle für ein Unterkommen für die Nacht zu sorgen hat. Die Delegierten werden vom Bahnhof abgeholt. Erkennungszeichen: Sichtbares Tragen einer „Holzarbeiter-Zeitung“.

Der Vorstand.
J. A.: Otto Niek, Stolp, Gr. Gartenstr. 42.

4. Gau. Vorort Berlin.

Nachdem auf dem Verbandsstag in Mainz (1902) beschlossen wurde, die regelmäßigen Gantage alle zwei Jahr und möglichst vor dem Verbandsstag abzuhalten (§ 72 des Statuts), so findet die nächste Gaukonferenz des 4. Gaues am 21. und 22. Februar 1904 in Berlin, „Gewerkschaftshaus“, Engel-Aller 15, Saal 1, statt. Eventuelle Wünsche zur Tagesordnung bitte bis 24. Dezember an den Gauvorstand einzuliefern.

Da ferner sämtliche Zahlstellen für jede Werkstatt Fragebogen zugesandt worden sind, so werden die Lokalverwaltungen ersucht, bis zum Jahreschluss die Werkstätten einzuladen, um dadurch das genaue Resultat in diesen Fragebogen auf-

nehmen zu können. Alles weitere ist aus dem Fragebogen ersichtlich.

Das den Zahlstellen zugegangene Verzeichnis ausgeschlossener und nicht aufnahmefähiger Mitglieder bitte besonders zu beachten und in zweifelhaften Fällen bei dem Gauvorstand anzufragen.

Allen Zahlstellen des 4. Gau, welche mit dem von uns überforderten Material (Altenmoppen und den dazu gehörenden Soder) nicht ausreichen, oder noch nicht versehen sind, bitte umgehend solches zu verlangen, damit es allen Zahlstellen möglich ist, mit Beginn des neuen Jahres in geordneten Verhältnissen arbeiten zu können.

Franz Stasche, Berlin 16, Engel-Ufer 15, 1. Et.

10. Gau. Vorort Hannover.

In der letzten Sitzung des Gauvorstandes wurde beschlossen, den vor dem Verbandstage stattfindenden Gautag Ende Januar oder Anfang Februar nach Hannover einzuberufen. Indem wir hiervon den Zahlstellen des 10. Gaues schon jetzt Nachricht geben, erlauben wir dieselben, schon jetzt in den Vorbereitungen sich mit dem Gautage zu beschäftigen und etwaige Anträge baldigst an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Näheres über Besichtigung u. wird den Zahlstellen per Zirkular baldigst bekannt gegeben.

Der Gauvorstand.

J. A.: Gustav Becker, Kalenbergerstr. 81/82.

18. Gau. Vorort Stuttgart.

Kollegen! Es ist uns gelungen, in den letzten zwei Monaten in Nendern und Schorndorf wieder und in Holzgeringen und neue Zahlstellen zu errichten. Versuche in Bloddingen und Welsheim sind mißlungen. Aber nicht etwa deshalb, weil die Kollegen recht hohe Löhne haben, mit ihren Verhältnissen also zufrieden sein könnten, sondern man scheut das Opfer des Beitritts. Den Kollegen muß noch beigebracht werden, daß dieses Opfer aufgewogen, daß der Beitrag auf alle Fälle mit Zins und Zinseszinsen zurückgezahlt wird. Einen rechtenswerten Aufschwung haben die Zahlstellen Wadung, Canstätt, Eslingen, Freudenstadt, Kirchheim, Vöhr, Sulzbach, Tübingen, Ulm und Zuffenhausen genommen. Auch von anderen Zahlstellen liegen zum Teil recht gute Nachrichten vor. Leider sind unsere Fragen: „Wie viel Kollegen sind im Oktober und November aufgenommen worden und wie viel sind ausgetreten?“ noch nicht von allen Zahlstellen beantwortet, so daß wir noch nicht von allen Zahlstellen die gewünschten Nachrichten haben. Doch hoffen wir, daß man überall unseren Anregungen in den letzten beiden Monatsberichten gefolgt ist. Ueberall muß am Orte und in der Umgebung noch mehr getan werden, wenn unsere wirtschaftlichen Kämpfe von Erfolgen begleitet sein sollen. — Bekanntlich wird unser Gau bis zum 1. Januar mit dem Gau Freiburg, einschließlich der Zahlstellen Bruchsal, Durlach, Karlsruhe und Pforzheim vereinigt. Schon aus diesem Grunde müssen wir unsere volle Aufmerksamkeit tun, recht kräftig agieren, damit der Verbandsvorstand in seinem Halbjahrsbericht einen guten Abschluß unserer Tätigkeit verzeichnen muß. Kurz nur noch ist die Zeit bis zum Jahresabschluss, wollen wir sie vollends gut ausnützen.

Kollegen! Gestaltet eure Versammlung recht interessant, führt sie parlamentarisch. Seht Euch den Verammlungsleiter in unserem Almanach an. Befolgt auch nach dieser Richtung unsere Instruktionen und der Versammlungsbesuch wird gehoben werden.

Kollegen! Noch eins! In den letzten Wochen mußten wir, wie schon oft, erfahren, daß Verbandskollegen ihre Mitgliedschaft deshalb vernachlässigen, weil sie an einem Orte arbeiten, wo keine Zahlstelle war. Jede Lokalverwaltung muß es für ihre unerlässliche Pflicht halten, den abreisenden Kollegen mit auf den Weg zu geben, daß sie in diesem Falle Einzelmitglied bei der Hauptkassie werden müssen. Dann werden ihre Mitgliedschaft aufgaben, erhalten sie.

J. A.: G. Raub.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Am 16. November tagte hier eine öffentliche Versammlung aller Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter, um auch diese Arbeiterkategorie für die Organisation zu gewinnen. Das Thema: „Die sich ständlich mehrenden Unglücksfälle der Maschinenarbeiter“, behandelte Kollege Eigenstein. Er gab an der Hand einer am Ort aufgenommenen Statistik ein klares und anschauliches Bild und führte u. a. aus, daß die meisten der Betriebsunfälle durch mangelhafte Schutzvorrichtungen, schlechtes Licht, sowie durch die Antreiber vorzukommen. Vielfach kommt es auch vor, daß die Unternehmer ungeschulte Arbeiter an die Maschinen stellen, und man sich deshalb über die vielen Unglücksfälle nicht zu wundern braucht. In vielen Betrieben fehlen genügende Ventilatoren und Verbandskästen. Auch ständen die Maschinen zu eng beieinander. Die Gewerbe-Inspektion würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die Betriebe schärfer und eingehender inspizierte. Auf die Statistik selbst eingehend, teilt Nedner mit, daß leider nur 67 von 350 Maschinenarbeitern die Fragebogen beantwortet hätten; trotzdem könne man auf Grund des gewonnenen Materials von einem wirklichen „Schlachtfeld der Arbeit“ reden. Die Berichte der Berufsgerichtlichen geben kein wahres Bild von den Unfällen in den Betrieben; ein solches gewinne man durch Umfrage bei den Arbeitern selbst. Die oben erwähnten 67 Fragebogen sind aus 21 Betrieben, in denen 117 Maschinenarbeiter beschäftigt sind, ausgefüllt. Die Frage: „Sind Sie an den Maschinen durch Unglücksfälle betroffen worden, und wie oft?“ beantworteten 32 von 67 mit Ja. Diese 32 Kollegen sind im ganzen von 58 Betriebsunfällen betroffen worden, die zum Teil sehr schwerer Natur waren. Auf die Frage: „Wie lange waren Sie infolge Betriebsunfall arbeitsunfähig?“ waren nicht in jedem Falle bestimmte Antworten gegeben, aber es konnte aus ihnen festgestellt werden, daß die Verletzten im ganzen 7 Jahr 1 Monat und 1 Tag infolge Unfalls arbeitsunfähig waren. Wie das Resultat wohl gewesen wäre, wenn sämtliche Kollegen sich an der Statistik beteiligt hätten? Auf die Einzelheiten und die Art der Verletzungen können wir hier Raum mangels halber nicht eingehen; wir wollen aber bemerken, daß eine Anzahl Kollegen zwei, drei, ja viermal verletzt wurden, daß die allermeisten verkrüppelte

Hände haben, 1—3 Finger weg sind, teilweise nur noch ein Finger an der Hand blieb. Weiter führte Nedner aus, er glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn er behauptet, daß hier in Düsseldorf 30 bis 40 pSt. der Maschinenarbeiter Betriebsunfälle erlitten haben. An den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion im Sinne des Referats. Alle Redner waren sich darin einig, daß es notwendig sei, mit allen Kräften die Maschinenarbeiter für die Organisation zu gewinnen, damit auf Verhütung der Unfälle sowie für möglichst Verhütung der Betriebsunfälle eingetreten werden kann.

Friedland i. Schl. Seit reichlich einem Jahr besteht hier eine Holzwarenfabrik in Firmita Seifert & Kamuel. Es sind beschäftigt neun Drechsler, ein Tischler und einige Mädchen zum Polieren. Das Geschäft geht gut bei den Arbeitgebern, aber bei den Arbeitern sieht es sehr traurig aus mit der Bezahlung; Arbeitszeit ist 11 Stunden. Sonnabends ist um 5 1/2 Uhr Feierabend, jedoch mit der Lohnauszahlung dauert es oft bis 7 Uhr. Ganz besonders ist es Herr Seifert, welcher seinen Arbeitern sehr entgegenkommt. Abzüge sind an der Tagesordnung. „Wem es nicht paßt, der kann gehen, ich bekomme Drechsler genug“, so redet sich der gute Mann aus. Die Kollegen sind alle organisiert und hoffen, nächstes Jahr eine Verbesserung erzielen zu können. Also Kollegen, haltet fest an unserer Organisation und jeder agitiere, damit sich auch der letzte Mann dem Verband anschließt, dann können wir auch einmal energisch an unsere Arbeitgeber herantreten. Vertrauensklärungen und Beiträge nimmt entgegen der Vertrauensmann Julius Böckel, Ring am weißen Schwan.

Quakenbrück. Am 29. November fand hier selbst im großen Saale der Frau Sander eine von gut 80 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Unser Gauvorsteher, Kollege Schweida-Bremen, referierte über das Thema: „Ursache und Wirkung unserer heutigen wirtschaftlichen Kämpfe.“ Nedner führte ungefähr folgendes aus: Von seiten des Arbeitgeberturns werde der modernen Arbeiterbewegung jede Berechtigung abgesprochen. Jedoch fehle es auch nicht an Stimmen aus bürgerlichen Kreisen, welche, wie kürzlich der Professor Buschmann-Heidelberg, der modernen Arbeiterbewegung volle Berechtigung zuerkennen. Diese Bewegung sei nicht das Werk von Aufwieglern und Sekern, sondern sie sei hervorgerufen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dieselben seien sehr wandelbar, beständig sei nur der Wechsel. Diese schwankenden Verhältnisse zwingen geradezu die Arbeiter zur Organisation, die so nötig sei, wie das Salz zur Speise. Nedner gab hierauf eine Schilderung der zur Entwicklung von der Jungzeit an. Zu dieser Zeit habe es noch keinen vierten Stand gegeben; erst die weitere Entwicklung der Technik und des Maschinenwesens, sowie die Einführung des mechanischen Grundgesetzes vom freien Spiel der Kräfte hätten es nach und nach dahin gebracht, daß die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung Lohnarbeiter bleiben müsse. Cromwell und der Nationalökonom Smith hingewiesen. Die Grundpfeiler der heutigen bürgerlichen Gesellschaft seien Armenpflege und Arbeitsvertrag. Der letztere werde jetzt immer mehr von Korporationen geschlossen, da ja auch das Unternehmertum sehr gut organisiert sei. Daß es dabei Konflikte gebe, liege auf der Hand. Letztere seien aber auch schon zur Zeit der Rünfte öfter vorgekommen. Die Arbeiterkassie von heute führe den Kampf nicht gegen die Personen, sondern gegen die moderne Produktion. Unsere Gegner möchten gern die ganze Entwicklung zurückschrauben. Unter anderem solle auch die Dreißigstunde wieder abge schafft werden, für deren Einführung schon vor 80 Jahren der einzige wirklich liberale Minister Freytag, Freiherr v. Stein, eingetreten war. Ferner führte Nedner den Bauhandwerker nur durch ihre verhältnismäßig gute Organisation damit fortschritte gemacht hätten. Wären die Fürstenmacher ebenso gut organisiert, dann würde es mit dem Gesetze zur Verhütung von Milzbrandkrankheiten auch anders aussehen. Sodann kritisierte Nedner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Quertreiberei der Kriestädter. Auch Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherungsgesetz wurden einer Besprechung unterzogen. Vor allen Dingen sei es nötig, daß die Arbeiter sich organisieren. Die faulen Ausreden von der Behinderung durch traurige Familienverhältnisse und dergl. solle man doch lieber lassen, denn das habe doch nun schon jeder halbwegs aufgeklärte Arbeiter begriffen, daß derjenige, der im wirtschaftlichen Kampfe voll und ganz seinen Mann stände, dadurch erst für das Wohl seiner Familie Sorge. Die Ausführungen fanden langanhaltenden Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt, und nachdem der Referent noch in einem kernigen Schlusssatz, in welchem er u. a. durch statistische Mitteilungen die schon öfter erhobenen Vorwürfe, als ob die kleineren Berufe im Deutschen Holzarbeiterverband nicht zu ihrem Rechte kämen, schlüssig widerlegte, die Versammlung aufforderte, sich dem Deutschen Holzarbeiterverbande anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen. Die Versammlung hat bereits gute Früchte gezeitigt. Sache der Mitglieder ist es nun, durch ruhige und sachliche Agitation den Mitgliederbestand zu erhöhen. Wir haben alle Ursache dazu.

Legernsee. Eine öffentliche Holzarbeiter- und Sägereiarbeiterversammlung, in der Kollege Heinrich Grotzberger referierte, fand am Sonntag, den 22. November, statt. Der gute Besuch dieser Versammlung ist ein Beweis dafür, daß auch bei uns im bayerischen Gebirge der Gedanke, sich zu organisieren, nach und nach Eingang findet. Die meisten Holzarbeiter, ausschließlich der Sägereiarbeiter, haben sich bereits der noch jungen Zahlstelle angeschlossen. Um aber auch die Sägereiarbeiter, welche bei uns im Gebirge in großer Zahl vorzufinden sind, einmal an's ihrem trüben Lebensverhältnis etwas aufzurütteln, war zum größten Teil die Versammlung gewidmet. Kollege Grotzberger ging in seinem Referate auf die Gründe ein, warum sich die Sägereiarbeiter nicht in der Weise organisieren, wie die übrigen Branchen. Die lange Arbeitszeit und die niedrigen Löhne haben diese Arbeiter völlig abgestumpft; sie fühlten sich fast gar nicht mehr als Menschen. Diese bedürftigen Sägereiarbeiter sind für die Unternehmer wie geschaffen, mit allem zufrieden, was die Unternehmer in bezug auf Löhne und Arbeitszeit anordnen. Reichlich der Lohn nur, um Mittags ein Stück Brot und ein Glas Bier trinken zu können, sind sie damit ebenso zufrieden wie Polen und Italiener, bei denen Brot, Schnaps

und Masaroni die Hauptbeise bilden. Aber auch die eminenten Unfallgefahr, und die Sägereiarbeiter beständig ausgebeutet sind, Lebens- und Verdienstsicherung. Wenn die vielen Mißstände beseitigt werden sollen, so müßten die Sägereiarbeiter einen starken Rückhalt haben. Dieser starke Rückhalt ist einzig und allein die Organisation der Holzarbeiter. Niemand kann behaupten, daß der einzelne das gleiche erreichen kann, als die Gesamtheit. Aber nur wenn der einzelne sich der Gesamtheit unterordnet, alle gemeinsam nach Besserung streben, wird Aussicht auf solche vorhanden sein.

Waldenburg i. Schl. Wie die hiesigen Kollegen wissen, waren wir bemüht, uns ein Lokal zu beschaffen. Es ist uns auch gelungen, im Gasthof „Zum goldenen Stern“ ein Unterkommen zu finden. Am 28. November tagte daselbst unsere Versammlung. Kollege Hübner hielt einen lehrreichen Vortrag über: „Das Koalitionsrecht wie es ist und wie es sein sollte.“ Die Versammlung verließ in tadelloser Weise und der Wirt erklärte nach derselben, daß wir immer bei ihm tagen können. In demselben Lokal tagt zu unserm Unglück auch noch die Waldenburger Tischler-Zwangsgewinnung, welche Montags Versammlung hatten. Dieselben erklärten dem Herrn Wirt, daß wenn er uns noch einmal das Lokal gibt, sie sich sofort ein anderes belorgen und bei ihm sofort das Lokal verlassen. Bei diesem Lokaltreiben tat sich besonders hervor ein altes Verbandsmitglied, der neugebackene Angstkranter Wilhelm Höhn, welcher es verstanden hat, durch seine große Schwaberei verschiedene Herren Meister sowie den Gastwirt zu überreden. Schon Dienstag, den 1. Dezember, bekamen wir von letzterem folgendes Schreiben:

Herr Hoffmann!

Es dürfte Ihnen wohl bekannt sein, daß seit Jahrzehnten die Meister der Tischlerinnung in meinem Lokale ihre Quartale sowie Versammlungen abhalten, welches auch gestern der Fall war. Aus Umständen erklären mir die Herren, das Vereinslokal zu verlassen, falls Sie in meinem Lokal weitere Versammlungen abhalten. Es dürfte Ihnen erklärlich sein, daß man einen Verein, der so langjährig hier tagt, nicht gern verliert. In diesem Sinne bitte ich Sie, Ihre Versammlungen anderweitig abhalten zu wollen.

Mit Achtung Georg Tröbischer, Gasthof „Zum goldenen Stern“.

Kollegen, da sieht man wieder, wie sich die Herren Arbeitgeber mit den Arbeitern solidarisch erklären. Wir müssen hinaus aus dem Lokal, mag es werden wie es will. Aber das soll uns nicht abbrechen; das gibt noch mehr Stoff zur Agitation und wir werden auch wieder ein Lokal bekommen. Dann ist es natürlich auch Pflicht jedes Kollegen, daß er in der Versammlung erscheint. Also, Kollegen, tue jeder seine Pflicht; jeder einzelne muß agitieren, damit es uns gelingt, demnächst von unseren Arbeitgebern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Beiträge sind vorläufig an die Bezirkskassierer zu zahlen. Jeder Kollege achte darauf, daß er sein Buch mit den Beiträgen in Ordnung behält.

Eingekandt.

Einiges über die Verhältnisse der Fürstenmacher, speziell in Frankfurt a. M. und Umgegend.

Der Beruf der Fürstenmacher ist wohl einer derjenigen Berufe mit, in welchem Zustände herrschen, die aller Beschreibung spotten. 11, 12, ja 18 Stunden zu arbeiten für einen Hungerlohn, dazu in einem gesundheitschädigenden Berufe, das findet man in wenigen Gewerben so wie bei uns. Woher kommt das? Die Arbeitgeber sagen gewöhnlich: Wir würden gerne mehr Lohn zahlen, aber durch die Konkurrenz der Gefängnisarbeit ist uns das unmöglich gemacht. Es ist freilich wahr, daß in den Gefängnissen eine große Masse Fürstenmacher hergestellt und zu billigen Preisen auf den Markt gebracht werden, aber nicht selten sind diejenigen Unternehmer, die gegen die Gefängnisarbeit wettern, die Hauptabnehmer derartiger Arbeit und verkaufen sie zu denselben Preisen wie Gefangenarbeit. Solange die größeren Unternehmen noch 9, 10, sogar 12 pSt. Dividende an die Aktionäre zahlen können, solange ist die Ausrede nicht stichhaltig; es würde nichts mehr verdienen am Geschäft, deshalb könnte man eine höhere Löhne zahlen.

Kollegen! Es hat einen anderen Grund, warum noch so traurige Verhältnisse bei uns herrschen: weil es noch so viele Kollegen im Fürstenmacherberufe gibt, welche noch nicht begriffen haben, daß alle Verbesserungen, welche es höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, dem Unternehmertum „abgerungen“ werden müssen; freiwillig kommen die Herren Arbeitgeber nicht zu essen braucht, wollen wir Euch einige Fennige zulegen.“ Nein, gerade weil die Herren wissen, daß die Fürstenmacher wenig oder garnicht organisiert sind, deswegen erlauben sie sich, betartige Hungerlöhne zu bieten.

Man sollte nun meinen, angesichts der traurigen Lage, in der sich die große Mehrzahl der Fürstenmacher befindet, wäre es ein Leichtes, sie für die Organisation zu gewinnen; weit gefehlt. Das einkönige Geschäft hat sie gegen alles, was uns sie her vorgeht, stumpfsinnig gemacht; viele sagen, wir sind dazu verdammt, zu hungern. Aber, Kollegen, dem ist nicht so; auch wir haben ein Recht, zu leben, und zwar so, wie es sich für Menschen gebührt, nur wir müssen einig sein, uns organisieren, damit wir den Unternehmern auch einmal entgegenrufen können: Bis hierher und nicht weiter.

Was hört man aber nicht alles für Einwände von seiten der Kollegen, wenn ihnen gesagt wird, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Die einen sagen, wir sind zu wenige und können nichts ausrichten dagegen, die anderen sagen wieder, im Holzarbeiterverband werden wir nicht genügend beachtet, man tut nichts für uns. Das sind nur alles leere Ausreden, kommt nur erst einmal herein und Ihr werdet bald einsehen, daß „viele Wenige“ auch etwas erreichen können.

Um dem letzteren Einwand so mancher Kollegen zu begegnen, haben die Frankfurter und Offenbacher Fürstenmacher gemeinsam eine Sektion gegründet behufs besserer Agitation unter den Kollegen. Denn wie notwendig es ist, daß sich auch die Frankfurter Kollegen mehr um ihre Organisation kümmern, lehnen die Zustände, welche hier herrschen, es sind wahrlich nicht die besten.

Hier in Frankfurt a. M. besteht ein ortstüblicher Tagelohn von M. 3,10; nun sollte man glauben, daß auch die Fürstenmacher hier am Orte diesen wahrlich nicht zu hohen Lohnsatz hätten, aber dem ist nicht so; bei den Fürstenmachern beträgt er mindestens M. 1 weniger.

Hier am Orte kommen nur drei Firmen in Betracht: da ist zunächst die Firma L o p p (weltberühmt), bei welcher noch eine elfstündige Arbeitszeit besteht. Es wird größtenteils in Akkord geschloffen, und wird bezahlt für Einzeln, Borken, Nohhaar, Wurzel-Fibre pro 1000 Loch 80 A, für Bechen M 1,80 mit Holzerausschwarzen, Ausdungen und Beschneiden, Mischen, für Vorsten 19—25 A, Fibre 8 A pro Pfund, und der Stundenlohn beträgt 24—28 A, und das in einer Stadt, wo die Lebensmittel und Wohnraum so teuer sind. Dies ist noch nicht die schlechteste Werkstätte. Bei Herrn F r a n z, Hölzlerant, sind die Löhne noch niedriger. Er zahlt für Einzeln mit Ausdungen und Beschneiden pro 1000 Loch ganze 75 A, für Bechen M. 2. Man muß aber außer ausdungen und beschneiden, noch haken und die Hölzer sauber machen; für Vorsteuern sage und schreibe 15 A pro Pfund. Und so ist es ja dann nicht zu verwundern, wenn Herr Franz verheiratete Wirtinmacher mit M. 9, 8 ja sogar 7 Samstags nach Hause schickt. Natürlich, der Herr Werkführer Ehrhard hat ja einen auskömmlichen Lohn, er muß aber auch sehr darüber machen daß die Gesellen nicht so viel verdienen. Bei der Firma D a r t h e l ist auch nicht alles so wie es sein sollte; es gibt da noch vieles zu ändern, wie man sagen kann, die Firma kommt außer Betracht betreffs schlechter Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Also, Kollegen von Frankfurt und Umgebung, aus obigen könnt Ihr ersehen, wie not es uns tut, etwas für die Verbesserung unserer Lage zu tun, und das können wir nur, wenn wir uns alle dem großen, leistungsfähigen Holzarbeiterverband anschließen. Kommt und nehmet mit Anteil an unseren Sektions-Veranstaltungen, welche regelmäßig am ersten Sonntag im Monat stattfinden, denn sie sind dazu da, alle die Schäden und Mängel in unserem Verufe aufzudecken und sie ebenmüßig zu beheben.

Und auch nicht ein einziger Grund ist stichhaltig, der Euch fernhält von der Organisation, auch nicht derjenige, den so mancher Kollege angibt: „Ich bin schon so lange Jahre im Geschäft, für mich hat der Verband keinen Wert“. Erst vor Kurzem ist ein Wirtinmacher, welcher schon 16 Jahre in demselben Geschäft sogar als Werkführer tätig war, einzig und allein darum aus dem Plaster geworfen worden, weil er nicht mehr so viel leisten konnte als früher. Also, Ihr seht, Kollegen, wie brutal das Unternehmertum gegen Euch ist, man speist Euch ab mit Hungerlöhnen und wenn Ihr alt und grau geworden seid und Eure Kräfte verbraucht sind, dann weist man Euch die Tür.

Kollegen, rafft Euch alle zusammen, tretet Mann für Mann ein in den Holzarbeiterverband, und wo es angeht, folgt dem Beispiel der Frankfurter und gründet eigene Sektionen, und laßt Euch auch nicht dadurch irre machen, daß von gewisser Seite gesagt wird, kleine Bezirksverbände könnten unsere Not und unser Elend beseitigen; nein, große Industrieverbände, die über ausreichende Mittel verfügen, haben für uns einen Wert, in denen wir uns organisieren müssen, und das ist der Deutsche Holzarbeiterverband. Darum, Kollegen, wollen wir nicht bei gesundheitsgefährlicher, erbärmlich bezahlter Arbeit zu Grunde gehen; beherzigen wir die Mahnung:

Verzinkt heißt siegen, getrennt unterliegen.
Also, hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband!

Karl Hammer.

Sagen i. W., den 29. November.

Wenn wir an dieser Stelle die Spalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Anspruch nehmen, so geschieht es hauptsächlich deswegen, um die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie sich am Orte eingebürgert haben, etwas näher zu beleuchten. In der Freitagssnummer der freimüthigen „Dagener Zeitung“ prangte eine Annonce, in welcher Herr Eiskholt jun. einen Schreinergehilfen sucht, jedoch nur einen solchen, der nicht im Verband ist. Nun, wir wünschen ihm gerne einen solchen, ist es doch auch für einen organisierten Kollegen schier unmöglich, auf einen solchen Werkstätt lange auszuhalten. Herr Eiskholt hat nämlich die Gewohnheit, stets zu klagen, fast bei jeder Arbeit legt er Geld hinzu, andererseits erzählt er seinen Gesellen, daß er sehr viel zu tun habe. Auf den wohlmeinenden Vorschlag eines dort beschäftigt gewesenen Verbandskollegen, doch dann noch mehr Leute einzustellen, erwiderte Herr Eiskholt, Gesellen will ich deswegen nicht mehr einstellen, die Arbeit muß auch so fertig werden. Also mit wenig Leuten viel Arbeit fertig stellen, die guten Arbeiten in Tagelohn fertig stellen lassen, bei den schlechten den Gesellen Akkord anbieten. Dies, Herr Eiskholt, wird sich auch der zahllose Arbeiter auf die Dauer nicht bieten lassen. Und wie werden die Bauern inbegehaltem? Die Werbepause findet jetzt erst in der Dunkelheit statt, damit Licht gespart wird; wenn in der Frühstückspause Herr Eiskholt hinzukommt, dann wird das Frühstück solange weggelegt und wieder geschuftet, bis er weg ist, und so etwas soll ein organisierter Arbeiter mitmachen? Niemals! Es ist leider traurig, daß ein früherer Verbandskollege, der auf der besagten Werkstätte arbeitet, sich dieser „müsterhaften“ Ordnung so willenslos fügt. Aber auch in anderen hiesigen Werkstätten sieht es nicht viel besser aus, namentlich das Akkordwesen, welches auf den kleinen Werkstätten noch vorherrscht, liegt sehr im Argen; es werden hier Akkordlöhne bezahlt, das man sich unwillkürlich fragen muß, wie die Kollegen dabei existieren können; auch die Stundenlöhne in verschiedenen Werkstätten stehen in gar keinem Verhältnis zu den Lebensbedingungen, die hier einer Großstadt nicht viel nachstehen. Und wer ist an diesen traurigen Zuständen in erster Linie schuld? Die Kollegen selbst insofern ihrer Laune zur Organisation. Kollegen Sagens, wacht auf euch eurer Verhärte, zeigt den Meistern, daß noch Energie in euch steckt, daß ihr euch nicht jede Behandlung gefallen lassen wollt; zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, eure Arbeitskraft für jeden euch angebotenen Lohn zu verkaufen. Tretet dem Deutschen Holzarbeiterverband bei, organisiert euch Mann für Mann, damit es auch endlich in Hagen einmal besser wird.

E. Lingner, Schriftführer.

Aus Vörrach*)

Von nicht geringer Bedeutung ist für unsere 25. Gau die Verschmelzung mit dem Gau Stuttgart. Es kann uns durchaus nicht imponieren, welchen Vorteil wir damit gewinnen sollen. Gerade unser Gau hat es am notwendigsten, mehr Agitation zu betreiben. Im ganzen Ober- und Unterlaß,

*) In diesem Eingefandte sind Ansichten vertreten, die absolut unzutreffend sind, wir wollen aber den in Frage kommenden Gauvorstand und dem Vorstand nicht vorgreifen, vielmehr ihnen eine Richtigstellung überlassen. Die Red.

ebenso im babilischen Mesental mit Schwarzmaß ist nur dann und wieder eine kleine Zahlstelle, ebenso im angrenzenden Württemberg, da meinen wir, sollte von einer Verschmelzung betreffender Gause keine Rede sein; es ist klar, daß dann die kleineren Zahlstellen vernachlässigt werden müssen, überhaupt nicht mehr weiter agitiert werden kann. Auf diese Art bieten wir nur den Christlichen ein offenes Feld zu ihrer Agitation, die so wie so in unserem 25. Gau überhand nehmen, denn auf solchen Boden gedeiht das Unkraut besser als die Frucht. Wir möchten unserem Verbandsvorstand nur einmal das Verhängen gönnen, in einer solchen Sitzung einmal eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Nichtet man die Versammlung nicht zu einer den Kollegen passenden Zeit ein, so kann es vorkommen, daß der Einberufer auch der einzige Versammlungsbefucher ist. Von Zeit zu Zeit muß in solcher Sitzung etwas geschwiehen. Es liegt doch auf der Hand, daß ein besolbeter Gauvorstand die größeren Zahlstellen mehr besucht als die kleineren. Wir hätten es für richtiger gehalten, daß, wenn eine Veränderung geplant war, man die Zahlstellen darüber hätte entscheiden lassen. Wir müssen jetzt schon manchmal unseren Gauvorstand etliche Wochen zuvor bestellen, um ihn zu bekommen; wie sollte es sich nach einer Verschmelzung gestalten, besonders, wenn es plötzlich erforderlich ist. In den anderen Wochentagen, außer Samstags, läßt sich überhaupt nicht viel erzielen, weil die Kollegen nicht kommen, und das Jahr hat bestimmt nur 52 Samstags. Welcher Meinung wir sind, kann sich der Verbandsvorstand nun selber ausdenken, nämlich: es geschieht zu Gunsten der kleineren Zahlstellen und Gründung solcher bei einer derartigen Verschmelzung zu wenig. Wir möchten noch erwähnen, daß vor einem Jahr unsere Zahlstelle bereits eingegangen wäre, wenn nicht ein Kollege dieselbe noch über Wasser gehalten hätte. Ebenso traurig sieht es in dem benachbarten Schopfheim aus, wo doch ungefähr 35—40 Holzarbeiter beschäftigt sind, aber nur 2—3 dem Verbandsangehörten, und so sieht es an manchen Orten in unserem Gau aus. Wie sollte da ein Gauvorstand sein Augenmerk in einem solch großen Gau besonders den kleineren Zahlstellen zuwenden oder neue gründen können. Niemand kann er geltend seiner Pflicht nachkommen. Wir bezahlen gerne unsere Beiträge, aber es sollte agitatorisch mehr getan werden, was nach Ansicht gewiß noch mehrerer Zahlstellen nach Verschmelzung der beiden Gause nicht möglich ist. J. A.: Die Zahlstelle Vörrach.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Der Streik in der Wäbelfabrik von Kimmel in Berlin ist beendet. Die Streikenden haben es verstanden, den Vertrieb gänzlich von Streikbrechern freizuhalten. Es ist ihnen eine Erhöhung der schlechtbezahlten Akkordarbeiten zugestanden worden. Die Hauptstreitfrage, die Lohnsicherung bei Akkordarbeit, wurde in der Weise geregelt, daß neu eingeführte und Ausnahmearbeiten in Lohn angefertigt werden sollen. Auch betreffs des Kostgelbes ist Herr Kimmel den Kollegen entgegen gekommen.

Der Stand des Streiks in der Stoffabrik von Schmidt & Barra in Berlin ist unbedändert. Die eingehenden Verhandlungen sind an dem Widerspruch der Firma, auf die Bedingungen der Streikenden einzugehen, gescheitert. Die Unterredung der Kommission mit den Inhabern dauerte kaum eine Minute, da die Kommissionsmitglieder nach Anhörung der ablehnenden Antwort sofort das Zimmer verließen. Streikbrecher sind nicht vorhanden, gearbeitet wird nur von einigen ungelübten Mädchen.

In den Weisenker Villardqueneefabriken unterbreiteten am 30. November sämtliche dem Holzarbeiterverbände angehörenden Arbeiter den Fabrikanten eine Lohnforderung in der Höhe von 10—15 Pf. Aufschlag gegen den bisherigen Lohn. Damit sollte gleichzeitig eine einheitliche Regulatorik der bis dahin ungleichmäßigen Löhne bezweckt werden. Nach am selben Tage wurden die Forderungen von den Fabrikanten bewilligt, mit Ausnahme der Firma Weich, die sich bis Mittwoch eine Bedenkzeit ausbat. Da die Firma auch nach Ablauf der Bedenkzeit zur Bewilligung nicht geneigt war, so traten die dortigen Arbeiter einmütig in den Ausstand. — Weisenker ist der Hauptort dieses Industriezweiges in Deutschland; die dortigen Queneefabriken liefern fast für den ganzen europäischen Markt.

In der Möbeltischlerei von Stürmer in Frankfurt a. d. O. haben zehn Tischler die Arbeit niedergelegt; ein Polierer namens Kuchler arbeitet weiter. Die Firma will die Akkordarbeit einführen und den Gesellen einen Werkführer aufdrängen, der nach ihrer Ueberzeugung dazu nicht qualifiziert ist. Die bisher gepflogenen Verhandlungen verliefen resultatlos. Zutritt ist fernzuhalten.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Obacht! Aus Großenhain wird berichtet, daß der Tischler Franz Ziche es verstanden hat, von der Zahlstellenverwaltung M. 4 auf „Schuldschein“ abzulösen. Es wird vermutet, daß der Schuldscheinaussteller nicht Ziche heißt, sondern daß er der berichtigte Wunsch ist und unter einem falschen Namen seine betrügerischen Manipulationen weiter fortsetzt. Wir meinen, daß die Verwaltungsbeamten doch vorsichtiger sein könnten und niemandem, der nicht durch Verbandsbuch legitimiert und unterstützungsberechtigt ist, auch nur die geringste Unterstützung gewähren. Leiden denn die Kollegen gar keine Bekanntschaften und Warnungen, daß sie immer wieder hereinfallen? Also Obacht überall!

Die Redaktion.

Die Solidarität der Arbeiter in der Berliner Holzindustrie gegen die Grimmschauer Weber nimmt die „Fachzeitung“ zum Anlaß, ihren Lesern zu zeigen, wieviel die Unternehmer in bezug auf Kollegialität und Opfermut von ihren Arbeitern lernen könnten. Bei dieser Gelegenheit erfahren man denn auch, daß es mit der gerühmten Opferwilligkeit vieler Tischlermeister gegenüber ihren Kollegen, die durch einen Streik bedrängt sind, nicht weit her ist. „Anstatt etwas für ihre Interessen zu opfern,“ jagt die „Fachzeitung“, „verrichten diese Herren ihre Arbeit, oder bezahlen so hohe Löhne, daß sie dabei rückwärts gehen

müssen“. Daß sie wegen Zahlung zu hoher Löhne schon kaputt gegangen wären, davon lesen wir in der Fachzeitungschronik noch nichts, wohl aber, daß sie zu Grunde gingen, weil sie nicht zu rechnen verstanden und die Arbeit zu Schwindpreisen hergestellten haben.

Zwei wichtige Mitteilungen macht die „Fachzeitung“ ihren Lesern; da wir annehmen, daß dieselben auch unsere Kollegen interessieren dürften, seien sie hier angeführt. Der Herr K l e b i n d e r, seines Zeichens Chefredakteur der „Fachzeitung“, legt seine Stellung an genannter Zeitung nieder. Klebinder ist derselbe Herr, welcher unseren derzeitigen verantwortlichen Redakteur, Kollegen D e i n h a r d t, wegen Verleumdung verhaftete, weil er ihm prophezeit hatte, es werde die Zeit einmal kommen, wo er (Klebinder nämlich) den verdienten Fußtritt auch von den Fachzeitungsleuten bekommen werde, ebenso wie von den Machern der „Arbeiter-Zeitung“. Ludwig K l e b i n d e r geht jetzt, d. h. ist schon seit 1. November weg, bevor der Prozeß Deinhardt noch entschieden ist — um, wie es in der „Fachzeitung“ heißt, „sich gänzlich akademischen Studien zu widmen“. Also einen Fußtritt hat er auskündend nicht bekommen, denn er geht freiwillig, um ja — sondern! Daß Herr Ludwig Klebinder so lang und langlos schon am 1. November abging, ist mindestens befremdlich. Sollte da nicht doch etwas im Spiele sein? Vielleicht erfahren wir es in der „Fachzeitung“, wenn der Verleumdungsprozeß Ludwig Klebinder contra „Holzarbeiter-Zeitung“ erledigt ist. Die Redaktionskommission teilt also vier Wochen nach dem Austritt des Herrn Ludwig Klebinder und nach vierwöchiger Dauer der provisorischen Chefredaktionsleitung des Obermeisters N a h a r d t mit, daß ein Herr Dr. Ludwig Müllermann — ein lebhafterer Doktor an einer Zeitung für praktische Holzindustrie — die Chefredaktion übernommen hat. Wenn nun nicht zieht, Herr Nahardt, dann zieht jarnicht mehr!

G e s t o r b e n ist der frühere Tischlermeister, väterliche Mentier, Begründer und Gehülfsleiter des Schutzverbandes der Holzindustriellen, Herr Heinrich Kling s aus Eöln. Er war ein guter Agitator für den deutschen Holzarbeiterverband; schade, daß die Zahl derselben aus den Kreisen der Begner immer geringer wird.

Die Innungs-Krankenkasse der Berliner Tischlerinnung verteilte in ihrer letzten Generalversammlung ein Verzeichnis der Arbeitgeber, welche aus dem Jahre 1902 noch Beiträge restieren, die bis jetzt nicht bezurücksenden waren:

- W. Arendt, Adalbertstr. 93, M. 16,04; W. Cerny, Staliberstr. 8, M. 2,16; G. Kirck, Wienerstr. 50, M. 59,14; B. Damrau, Gilmmerstr. 6, M. 21,60; U. Scharf, Langstr. 53, M. 24,34; W. Dulz, Köpenickerstr. 85, M. 25,05; N. Kreschmer, Linden-Allee 19, M. 8,10; B. Seibel, Köpenickerstr. 175, M. 18,90; W. Nahmig, Mauerstr. 91, M. 16,66; A. Brandner, Reichensbergerstr. 155, M. 22,41; J. Kellen, Schönleinerstr. 17, M. 5,40; W. Kufsch & Wolf, Staliberstr. 28, M. 13,89; L. Wüthler, Waldemarstr. 14, M. 292,22; A. Saaje, Wienerstr. 57a, M. 68,46; H. Colpin, Wrangelstr. 132, M. 4,41; F. Reich, Reichensbergerstr. 85, M. 7,02; C. Mary, Weberstr. 19, M. 6,48; P. Schabow, Georgenkirchstr. 58, M. 10,72; W. Pöble, Köpenickerstr. 9, M. 54,90; B. Dreher, Niddorfer, Wauschstr. 12, M. 8,60; B. Winick, Langstr. 48, M. 21,60; Kohl & Goerke, Fruchtstr. 72, M. 2,16; W. Fröhlich, Mirbachstr. 15, M. 3,70; W. Haack, Wauschstr. 10, M. 7,50; C. Grabs, Matternstr. 9, M. 8,28; B. Bauer, Mülenerstr. 31, M. 25,88; Hermann Borowski, Petersburgerstr. 86, M. 61,63; J. Telschow, Barnimstr. 13, M. 41,85; F. Pahlke, Wüschingstraße 8, M. 2,67; G. Dahms, Dunderstr. 30, M. 3,70; G. Schütze, Friedenstr. 52, M. 59,32; G. Lehmann & Co., Friedenstr. 95, M. 57,78; K. Pöble, Friedenstr. 57, M. 9,55; Fr. Vogelackung, Köpenickerstr. 9, M. 53,70; G. Weimann, Dragonerstr. 14, M. 67,63; B. Krüger, Greifswalderstr. 37, M. 5,40; F. Weiß, Linienstr. 32, M. 22,98; Fr. Lipnig, Schillerstr. 19, M. 86,23; W. Groickus, Straußbergerstr. 4, M. 23,58; Th. Knapp, Weberstr. 58, M. 9,56; A. Harms, Schopenhauer Allee 167a, M. 8,40; J. Nieme, Linienstr. 14, M. 12,42; F. Eichenhorn, Reichenickerstr. 5, M. 16,50; Harms, Anflamerstr. 32, M. 52,66; Fr. Wlech, Etkowerstr. 42, M. 73,35; K. Gaebe, Schusselstr. 52, M. 15,30; S. Mopsch, Krausnickstr. 9, M. 2,16; D. Lehmann, Steglitzerstr. 67, M. 10,22; G. Marchol, Potsdamerstr. 45, M. 5,60; Steege, Alt-Weabit 114, M. 7,86.

Dieserjenigen von den vorstehenden Meistern, deren Name fettgedruckt ist, sind von den Berichten nach erfolgter Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu M. 10 bis 100 Strafe verurteilt worden, weil sie den Gesellen die Beiträge abgezogen, aber nicht gezahlt haben. Wieviele unter den Daleskrantern sich wohl befinden, bei denen die Tischlergesellen die Akkordarbeit liegen liegen, weil die Abschlagszahlung nicht geleistet wurde und überhaupt keine Aussicht war, zu seinem Gelde zu kommen. Daß die Namen solcher Gesellen auf der „Ehrenliste“ der Kontraktbrüchigen in der „Fachzeitung“ prangen, verheißt sich am Raube, aber verschwiegen wurde dabei, daß die Kontraktbrüchigen nur deshalb Kontraktbrüchig geworden waren, weil sie von ihren Daleskrantern keinen Lohn bekommen konnten. Wer nicht einmal im stande ist, die paar besonnenen Krankenkassenbeiträge zu zahlen, der sollte sich aus der Liste der selbständigen Tischlermeister streichen lassen und lieber als Geselle arbeiten; er verminderte dann die Zahl der Daleskranter resp. Klammontentischer, die zwar gern Gesellen ausbeuten, aber keinen Lohn zahlen. Daß bei solchen Krautern das Eigenkapital der Akkordarbeit und Kontraktbrüche ganz etwas alltägliches sind, ist ganz selbstverständlich. Wenn die „Fachzeitung“ das der obigen Namensliste vorangesezte Stichwort: „Ein Zeichen der Zeit“ in diesem Sinne gemeint hat, dann schließen wir uns ausnahmsweise mal ihrer Meinung an.

Statistik und paritätischer Arbeitsnachweis der Leipziger Drechsler. Am 15. November wurde in einer von 60 Gehülften beschickten Versammlung über die Resultate einer veranstalteten statistischen Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Celluloids-, Horn- und Holzbranche tätigen Drechsler Bericht erstattet. Danach ist die Zahl der in diesen Berufsgruppen in Leipzig vorhandenen Betriebe seit der im Jahre 1896 aufgenommenen Berufsstatistik von 80 auf 73, und die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Gehülften von 210 auf 165 zurückgegangen. Der Hinzugang wurde mit dem in letzter Zeit in Aufnahme gekommenen neuen Stil in Zusammenhang gebracht, da hierbei die Drechslerarbeiten weniger Verwendung fanden. An der Statistik beteiligten sich von den hier beschäftigten

165 Gehülften 121 aus 46 Betrieben. Die Versammlung nahm weiter Stellung zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Auf Anregung der Innung hatte sich hierzu eine Kommission aus Vertretern der Innung und der Gehülften gebildet, die einen Entwurf ausgearbeitet hatte, der der Versammlung zur Beratung vorlag. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu, sie erklärte sich durch Annahme einer Resolution mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage einverstanden und erwartete, daß derselbe alle Dredschlergehülften beschäftigenden Unternehmer benutzen. Die Kosten für den Arbeitsnachweis sollen von beiden Teilen gleichmäßig getragen werden. Da der 1888er Beschluß der Holzarbeiter, zu denen die Dredschler zählen, der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises entgegensteht — denn er verbietet die Einrichtung desselben —, so soll auf die Aufhebung dieses Beschlusses hingearbeitet werden.

Gewerkschaftliches.

Ueber das Crimmitschauer Industriegebiet ist der Belagerungszustand verhängt worden. Das ist die neue Polizei in Interesse der Ruhe und Ordnung — pardon im Interesse des Unternehmertums. Da die Fabrikanten zur Bewilligung der zehnstündigen Arbeitszeit sich nicht entschließen wollen, und dem trotzlosen Zustand für die Geschäftskunde durch einen Druck auf die Fabrikanten kein Ende gemacht werden kann, verliert die Behörde, durch weitere unerbitterte Maßnahmen gegen die Arbeiter das herbeizuführen, was die Fabrikanten brauchen — das Ende des Kampfes. Der Stadtrat hat folgende Bekanntmachung erlassen, welche auch die Unterschrift des Amtshauptmanns in Zwickau trägt:

Bekanntmachung.

Da in Crimmitschau und Umgegend durch die in den letzten Tagen wiederholt stattgefundenen Volksausläufe und die wiederholt vorgekommenen Verstöße gegen § 153 der Gewerbeordnung die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Personen, Gestirb und bedroht erscheint, so wird für den Amtsgerichtsbezirk Crimmitschau, mit Ausnahme der Bezirke der Landgemeinden Ober- und Niedergrünberg, Giersdorf, Ebnhausen, Blankenb., Däntritz und Nitzschen, bis auf weiteres hiermit angeordnet:

1. daß alle öffentlichen Auf- und Umzüge und alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, sowie alle Versammlungen, und zwar sowohl öffentliche wie nichtöffentliche, mit alleiniger Ausnahme der Versammlungen von Vereinen, welche sich in keiner Weise mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, zu unterbleiben haben, und
2. daß sämtliche öffentliche Schank- und Gastwirtschaften, mit alleiniger Ausnahme der Bahnhofskafeteria in Crimmitschau, von Nachts 12 Uhr bis Morgens 6 Uhr für allen Verkehr geschlossen werden müssen.

Zu widerstand gegen diese Anordnung werden, sofern nach den bestehenden allgemeinen Strafbestimmungen nicht härtere Strafen einzutreten haben, mit Geldstrafe bis zu M. 150 oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Zwickau und Crimmitschau, den 4. Dezember 1903.

Die Königlich Amtshauptmannschaft zu Zwickau.

Dr. Schnorr v. Carolsfeld.

Der Stadtrat in Crimmitschau.

W. C. Mann.

Auch dem Inhaber des Gesellschaftshauses, Herrn Schenckler, bei welchem die Gewerkschaftler, speziell die Streikenden verkehren, ging vom Stadtrat ein Schreiben zu, in welchem ihm aufgegeben wurde, Morgens von 5—6 Uhr, Vormittags von 11—12 Uhr und Abends von 5—7 Uhr die Fenster geschlossen zu halten. Falls dieser Befehl nicht befolgt wird, soll in jedem Falle M. 50 Strafe bezahlt ebent. auch die Konzession entzogen werden.

Die „Leipzig. Volksztg.“ schreibt, daß die meisten Menschen in Crimmitschau, auch die Geschäftsleute, von Volksausläufen erst durch die amtliche Bekanntmachung erfahren haben, sonst haben sie solche, die zu einer solchen Maßnahme berechtigter Weise Anlaß geben könnten, noch nicht gesehen. Es wird mit Recht befürchtet, daß sich der Ausführenden eine Erbitterung bemächtigt, da ihnen jede öffentliche Versammlung, jede Streikkontrolle, ja selbst das harmlose Vergnügen auf dem Tanzplatz unmöglich gemacht wird, und daß diese Erbitterung genau das Gegenteil von dem herbeizuführen wird, was die Behörde im Interesse der Unternehmer gerne wünscht. Der Kampf wird nun erst recht mit aller Schärfe geführt werden, und ist daher dringend nötig, daß den Kämpfern auch weiter dieselbe Unterstützung zu teil wird wie bisher; denn werden Behörde und Unternehmertum begreifen, daß man mit Gewaltmaßnahmen keine Volksbewegung unterdrücken kann. Dieser Ansicht ist auch ein Herr Dr. C. L. Heiß, der im „Tag“ den Crimmitschauer Zustand bespricht und u. a. folgendes sagt:

„Ein Hauptindustriestützpunkt einer Mittelstadt von 22000 Einwohnern liegt schon mehr als ein Vierteljahr völlig still. Welche Not und welches Elend in weiten Schichten der Bevölkerung? Wer trägt die Kriegskosten eines so erbitterten wirtschaftlichen Krieges?“

Daß beide Parteien schwer leiden, liegt auf der Hand. Darüber dürfen aber doch auch die unbeteiligten Dritten: die Kleinrentnerbetreibenden nicht vergessen werden. Wie mancher kleine Bäcker, Schneider oder Schuster, der sich in ruhigen Zeiten schlecht und recht durchgeschlagen hat, erliegt unter dem Druck solcher andauernden wirtschaftlichen Dürre!

Daß unter solchen Umständen die kommunalen Verwaltungsbehörden zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln streben, ist nichts weiter als ihre Pflicht. Daß aber die ausübenden Polizeibehörden die Unternehmer in ihrer jähren Unausgeglichenheit dadurch bestärken, daß sie jeden Tag neue Schikanen gegen die Streikenden und die Streikposten erfinden, zeugt von einer bedauernden Kurzsichtigkeit.

Die Harmlosigkeit der Unternehmer ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Industrie nach langem Darmverlegen wieder einen Anlauf zur Besserung genommen hatte, die Verkürzung der Arbeitszeit, die gestempelt wird, macht, wenn nicht eine Einschränkung der Produktion eintreten soll, vielfach eine Verbesserung und Erneuerung veralteter Vertriebsrichtungen notwendig.

Auf der anderen Seite ist aber die Verkürzung der Arbeitszeit eine Forderung nicht bloß des kulturellen sondern auch des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Wenn man die weiten Wege von und zur Fabrik und die Sorge der Frau fürs Hausweien hinzurechnet, so ist die Forderung einer zehnstündigen Arbeitszeit überaus bescheiden. Dies ist auch der Grund für die überaus große Jähigkeit, mit der die Arbeiter und vor allem auch die Arbeiterinnen der Textilindustrie an der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit festgehalten haben. So war es beim großen mehrtägigen Textilarbeiterstreik im Jahre 1900, so im vorigen Jahre in Merano.

Die Crimmitschauer Unternehmer werden natürlich von den Grimmitzvereinen auf das nachdrücklichste unterstützt. Denn wenn hier der zehnstündentag liegt, so wird wieder einmal der Nachweis geliefert, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der Industrie nicht schadet. Denn bisher hat sie ihr ausnahmslos noch nie dauernden Schaden gebracht. Dann wird unter dem Druck der öffentlichen Meinung die von der Regierung schon durch Erhebungen vorbereitete allgemeine Einführung des zehnstündentags für Frauen sich nicht mehr aufhalten lassen.

Da nun, wie berichtet wird, die augenblickliche Saison vorüber ist und die neue erst im Januar beginnt, so läßt sich die Verlegung dieses langwierigen Kampfes vor Januar wohl kaum hoffen, zumal die klassenbewußte Arbeiterenschaft die Unterstützung ihrer Crimmitschauer Vorläufer sich zur Ehrensache gemacht hat.

An die deutschen Holzarbeiter richten wir wiederholt die Bitte:

Gedenket der Klassenkämpfer in Crimmitschau!

Ein Berufskongreß der Maschinisten und Heizer Deutschlands findet am 2. und 3. April zu Halle a. d. S. statt. Aus der uns zugesandten Tagesordnung entnehmen wir, daß wohl kein Beruf so unter den allgemeinen Berufsbedingungen zu leiden hat, in der Länge der Arbeitszeit in den industriellen Betrieben sowie der Vinnerschiffahrt und einer tatsächlichen 24stündigen ununterbrochenen Arbeitszeit bei Schichtwechsel zc., als die Maschinisten und Heizer.

Wendet man, daß dieser Beruf unter einem verantwortlichen Spezialgesetz steht und wie leicht durch die zu lange Arbeitszeit, Unkenntnis und Unachtsamkeit, Leben und Gesundheit des Publikums bei einer eintretenden Katastrophe gefährdet werden können und daß die Maschinisten- und Heizerarbeit ein eigentlich handwerksmäßig gelernter Beruf nicht ist, so ist das Streben dieses Berufes, welcher sich gediegene technische Fachkenntnisse aneignen muß, seine äußere prekäre Lage mit Hilfe der Gesetzgebung zu verbessern, wohl begründet.

Der Kongreß wird vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Berlin SO 33, einberufen, und sind alle Maschinisten und Heizer in ganz Deutschland berechtigt, sich durch Delegierte dort vertreten zu lassen. Nähere Auskunft erteilt R. Kirchner, Berlin SO 33, Püdlersstraße 45.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist in der Vereinigung der Maler, Lackierer zc. schon seit Jahren erörtert worden. Auch die letzte Generalversammlung, die im Frühjahr dieses Jahres in Berlin abgehalten wurde, beschäftigte sich wieder mit dieser Frage und kam zu dem Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, daß er den Mitgliedern einen geeigneten Vorschlag zur Urabstimmung unterbreite. Der Vorstand hat nun die Aufgabe erfüllt. Er ist davon ausgegangen, daß auf Grund statistischer Erhebungen, die die Organisation vornahm, durchschnittlich 75 pBt. der Mitglieder arbeitslos sind und der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit pro Kopf der Arbeitslosen 10,4 Tage im Jahre beträgt. Infolge dieser außerordentlich ungünstigen Verhältnisse kann, wenn die Beiträge nicht bedeutend erhöht werden, die Unterstützung der Arbeitslosen nicht sehr erheblich sein. Der Vorstand rechnet mit einer Beitragserhöhung von wöchentlich 10 S. Er macht auf dieser Grundlage zwei Vorschläge über Höhe und Dauer der Unterstützung. Nach beiden Vorschlägen soll die Unterstützung zuerst nach einer Karenzzeit von zwei Jahren gezahlt werden. Der erste Vorschlag sieht einen Unterstützungsbeitrag von 80 S. pro Tag vor, der nach zweijähriger Mitgliedschaft für 15 Tage, nach drei Jahren für 23 Tage, nach vier Jahren für 30 Tage und nach fünf Jahren für 37 Tage im Jahre gewährt werden soll. Der zweite Vorschlag rechnet mit einem Unterstützungsbeitrag von 1 pro Tag. Derselbe soll nach zweijähriger Mitgliedschaft für 12 Tage, nach drei Jahren für 18 Tage, nach vier Jahren für 24 Tage, nach fünf Jahren für 30 Tage im Jahre gezahlt werden. Diese Vorschläge werden gegenwärtig in den Mitgliedschaften der Vereinigung der Maler zc. diskutiert.

Die endgültige Entscheidung unterliegt der am 13. Dezember stattfindenden Urabstimmung. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gilt als beschlossen, wenn sich wenigstens zwei Drittel der Mitglieder an der Urabstimmung beteiligen, und von diesen eine Zweidrittelmehrheit für die Einführung sich entscheidet. Sollte sich keine Zweidrittelmehrheit finden, so gilt der Entschluß auch als angenommen, wenn mehr als die Hälfte aller Mitglieder dafür stimmen. Im Falle der Annahme soll die Arbeitslosenunterstützung vom 1. März 1904 ab als eingeführt gelten.

Der Deutsche Glasarbeiterverband macht in Berlin den ersten Versuch, Tarifverträge mit den Glasfabrikanten abzuschließen. Die Glasbläser haben in einer Reihe von Sitzungen und Versammlungen einen Lohnvertrag durchberaten und angenommen. Der Zentralverband hat den Fabrikanten den Lohnvertrag mit folgendem Begleitschreiben zugeestellt:

Sehr geehrter Herr!

Der Unterzeichnete erlaubt sich Em. Wohlgeborn das folgende zu unterbreiten. — Wie Ihnen bekannt sein dürfte, sind sämtliche bei Ihnen beschäftigten Glasbläser Mitglieder unseres Verbandes, und werden Sie es deshalb begreiflich finden, daß wir uns im Auftrage derselben an Sie wenden.

Seit langer Zeit haben Unternehmer wie Arbeiter es als einen schweren Uebelstand empfunden müssen, daß die Bezahlung der Glasbläser in den Geschäften eine verhältnismäßig geringe war. Dieser Umstand kann nun für beide Teile keineswegs vorteilhaft sein und bringt die ge-

samte Industrie die schwersten Nachteile mit sich. Es muß deshalb mit Freuden begrüßt werden, daß die Glasbläser sich vereint haben, um diesen Uebelstand zu beseitigen.

In einer am 27. November im Englischen Garten abgehaltenen Glasbläserversammlung ist nun der in drei Exemplaren beiliegende geregelte Lohnvertrag beschlossen worden. Auf Beschluß dieser Versammlung soll der Lohnvertrag am 7. Dezember d. J. für alle Geschäfte zur Einführung kommen. Wir bitten Sie deshalb im dringenden Interesse beider Teile, dem Beschluß dieser Versammlung zu entsprechen und den Tarif vom genannten Tage zu zahlen.

Um nun für Unternehmer wie Arbeiter weitere Unlieblichkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zu vermeiden, fragen wir hiermit an, ob Sie geneigt sind, in ein Vertragsverhältnis mit der Organisation zu treten, und zwar dahingehend, daß der Tarif bis 1. Januar 1905 für beide Teile Gültigkeit erlangt, so daß jede Lohn-differenz bis zum genannten Tage ausgeschlossen ist.

In jeder mündlichen Verhandlung gern bereit, zeichnet mit größter Hochachtung

Der Vorstand

des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen.

J. B.: Emil Girbig.

Der Vorstand hegt die Hoffnung, daß der Lohnvertrag auf ein Jahr anerkannt werden dürfte; denn mehrere Fabrikannten sollen bereits ihr Einverständnis mit demselben erklärt haben.

Der Taff-Wale-Entscheid des britischen Oberhauses, nach dem die Eisenbahnergewerkschaft zur Zahlung von ca. M. 500 000 Entschädigung verurteilt wurde, weil ihre Beamten den Streik gegen die Taff-Wale-Bahngesellschaft mit „ungeleglichen Mitteln“ geführt, unter anderem die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung ohne Kündigung „verleitet“ hätten, macht in den Vereinigten Staaten Schule. So sind Schadenersatzlagen bei den amerikanischen Gerichten anhängig gemacht gegen die Gewerkschaft der Buchbinder in Chicago in Höhe von \$ 20 000, gegen die dortigen Bauarbeitergewerkschaften in Höhe von \$ 50 000, gegen die Gürtler in Höhe von \$ 30 000 und gegen die Gewerkschaft der Zuckerbäcker in Chicago in Höhe von \$ 20 000. Die Filiale der Gewerkschaft der Maschinisten in Rutland, Vermont, ist zu \$ 2500 Schadenersatz verurteilt worden und jedes einzelne Mitglied mit seinem Hab und Gut für persönlich haftbar erklärt. In Danburg, Connecticut, sind die „Vereinigten Hutmacher von Nordamerika“ und die „Amerikanische Arbeiter-Föderation“ auf \$ 350 000 Schadenersatz verurteilt wegen Boykott und sogar wegen Gebrauch der Kontrollmarke.

Technisches.

Das Aufleimen von Metallverzierungen, die in Holz eingelegt sind, wird nach der „Mundschau“ erleichtert und haltbar gemacht, wenn die metallenen Verzierungen vorher etwa eine halbe Minute in eine schwache Salpetersäure getaucht werden. Ein solches Bad mit nachfolgender Trocknung erleichtert den Metallflächen eine feine Rauheit, die den Leim viel besser paffen läßt. Der verwendete Leim selbst muß äußerst zähe, niemals spröde sein; er wird auf gewöhnlichem Wege hergestellt und erhält einen kleinen Zusatz — etwa einen Teelöffel voll — Glycerin und ebenso viel Raff. Während des Kochens ist das Gemenge innig zu verrühren, damit sich die Zusage mit dem Leim verbinden können; er ist heiß auf die leicht erwärmten Stücke aufzutragen, die rasch in das Holz zu drücken sind; dünn, das heißt feindreht, darf der Leim nicht sein, sondern muß dem Sirup ähneln. Auf solche Art eingelegte Metallgegenstände fallen nie wieder aus dem Holz heraus, sie können nur mit Gewalt herausgerissen werden, wobei immer Holz mitgerissen wird. Dieses Verfahren eignet sich auch zum Aufleimen von Verzierungen auf glatt bearbeitete Holzflächen, wo eine Verschärfung derselben störend wirkt.

Preiskassen.

Timenan. Was Sie mitteilen, interessiert aber doch niemanden; wegen des „Gier- und Käsegehirns“ eines Streikbrechers können wir aber unmöglich 80 Zeilen Raum verschwenden. Ihr Vorwurf, daß die Kollegen schlechte Versammlungsbesucher sind, ist berechtigt, und es wäre zu wünschen, daß die Gleichgültigkeit derselben aufhöre.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Vom 21. November bis 5. Dezember gingen folgende Gelber ein: Altona M. 600, Plagwitz 500, Dresden M., Offenburg je 400, Rowawes 250, Hermsdorf, Friedrichroda, Damborn, Volkstätt, Großzimmern, Neu-Zenburg je 200, Erlangen, Ettlingen, Ebnau, Freiburg i. S. je 150, Ertich, Gosenheim, Schneberg, Wornis, Hürth je 100, Schleis 90, Köstzig, Strehla je 60, Freiburg i. Sch. 50, Marnsdorf 40. Summa M. 4750.

Vom 21. November bis 5. Dezember erhielten Zusätze: Berlin F. M. 600, Hannover 500, Berlin D., Bremen, Köln je 400, Grünmetersbau 350, Varnen, Zeis, Oertrab, Meiditz, Mainz je 200, Emmendingen, Herde, Rödelheim, Pfingststadt, Ehrbrun, Coblenz, Neustadt a. d. S., Ranow, Seelbach, Gaisberg, Wilmersdorf, Niddigau, Duckau, Duisburg, Valsleben, Roibbe 200, Lambrecht, Kürtenwalde, Kottheim, Mühlheim a. d. Mühr, Halberstadt, Westhofen, Wilsbrun je 150, Venzen 125, Nacon, Furggräfenecke, Vayreus, Düsseldorf, Etou, Eilenburg, Gröpingen, Rintheim, Seidingsfeld, Penne, Kulmbach, Wassenwiesbach, Neulustheim, Dörfel, Waltershausen je 100, Solzhauten, Heisenheim je 80, Drais, Knichen, Walbau je 80, Dypau 72, Großenhau 60, Niederwölkstadt, Kottweil, Stadlum je 50. Summa M. 11457.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse bezahlt M. 1461,13.

L. Jacobs, Hauptkassierer.

Berufsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 H.)

Barmen. Am Samstag, den 19. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Fr. Joeren, Brucherstr. 7, Vergedorf. Sonnabend, den 19. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Deutsches Haus“.

Charlottenburg. Montag, 14. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Elfenberg. Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Leubsdorf i. S. Sonntag, 18. Dezember, Nachm. 2 Uhr, Bahnh. im „Oberen Gasthof“.

Mlenburg. Sonnabend, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Fr. Hentel, Hinterecke.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unserer Handen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mageburg. Vom 1. Januar 1904 ab befindet sich die Zentralbehörde im Gasthaus „Zu den drei Königen“, Jakobstraße. Die Kollegen werden ersucht, nur dort zu verkehren.

Aufforderung.

Kollege Emil Reichelt (Buch-Nr. 97 898) wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen unserer Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen, eben die betreffenden Sachen zurückzusenden.

W. Wallischel, Bevollmächtigter, Schulauke, Wilhelmstr. 15.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Tischlers Albin Richard Wunsch, geb. zu Mühlhausen i. Th., bekannt ist, werden gebeten, Unterzeichnetem davon sofort Mitteilung zu machen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Schönlanke.

Sonntag, den 20. Dezember,

im Saale des Herrn Hotelbesizers Krasky:

Weihnachtsbescherung

verbunden mit Christbaumverlosung und

Lanzkränzchen.

Musik unter gütiger Mitwirkung der hiesigen

Stadtkapelle.

Anfang 8 Uhr. Eintritt à Person 15 H.

Die Ortsverwaltung.

NB. Herburch machen wir besonders unsere

Einzelmitglieder auf die Feier aufmerksam.

Für Möbelfabrik

ein durchaus erfahrener

Beizer

auf sofort gesucht. Dauernde Stellung.

Gebr. Husemann,

Möbelfabrik,

Münster i. W.

Drei, nur tüchtige, erfahrene Polsterer auf

Rostenmöbel für dauernd sofort gesucht.

Gebr. Schlieben, Serzberg a. d. E.

Geschickter

Metalleinleger für Spazierstöde,

perfekter Arbeiter, bei hohem Lohn für dauernd

ge sucht. — Offerten unter **M. P. 103** an die

Expedition b. Bl.

Ein **Vürstentholzhocher** wird gesucht.

Otto Veltze,

Gr.-Otterleben b. Magdeburg.

Zwei **Handrundschneder** für dauernde

Beschäftigung.

S. Pernbusch, Korkefabrik, Sonn.

Ge sucht ein **Korbmacher** auf Gematt.

M. E. Michael, Hallescher i. Goltstein.

Tüchtige Korbmacher,

welche auf **Hochkörbe** gut eingearbeitet

sind, finden sofort dauernde Arbeit.

Süddeutsche Rohwaren-Industrie,

Ferd. Althoff, Nürnberg.

Korbmacher auf Mattarbeit sucht

Fr. Ring, Spandau, Seeburgerstr. 83, 1. Et.

Korbmacher gesucht auf **Geschlagen.**

Arbeit dauernd.

Jac. Kahke, Gildstraße.

Korbmacher.

Flotte **Bambus-** und **Gestellarbeiter** auf

Arbeitslohn für dauernd gesucht.

Mathesius, Gausch b. Leipzig.

4 bis 5 Korbmacher auf Mattarbeit sucht

H. Pätzold, Korbmachermeister,

Beuthen (Bez. Liegnitz).

Ein **Vürstentmacher**, mit allen Arbeiten

vertraut, sofort gesucht.

Otto Kiedel, Vürstentfabrikant,

Woson, Friedrichstr. 15.

Das schönste Weihnachtsbuch

für denkende Arbeiter, sowie für alle, die sich für

eine ruhige Erörterung der Fragen des mensch-

lichen Innenlebens interessieren, ist das Buch von

Dr. Carrington: „Das Gewissen im Lichte der

Geschichte, sozialistischer und christlicher

Weltanschauung“. Durch jede Buchhandlung

oder für **M. 1,50** brosch. (geb. 2,25) direkt vom

Verlage **Bieh. Lipinski, Leipzig.**

Weihnachts-Zigarren

im Preise von **M. 8,-** bis **7,75** pro Hundert

empfiehlt den Kollegen das **Zigarren-Verband-**

geschäft von **Karl Lindner,**

Görlitz, Landeskronstr. 10.

Bitte um recht baldige Bestellung.

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik

Klingenthal (Sa.) Nr. 108.

versenden unter Garantie direkt

an die Spieler per Nachnahme

ihre vorzüglichen Harmonikas.

Nur 4 1/2 M.

Kostet eine solche **Conz.-Zug-Harm.** mit **10** Tönen, **50**

Karl-Stim. (schön). **Pa.** Stahlfederung, off. **Claviers,**

3 teilt. (11 teilt.) weit aussehendem **Salz** mit **Metalle-**

schrauben, vernickelte **Metallbauteile,** Größe ca.

33 cm, dieselbe **Harmonika,** **3** rechte **Register,** **3** schön,

70 **Stim.,** prächtiger **nur 3 M.**

Orgelton, kostet **nur 3 M.**

Selbstlernschule u. **Hilfsmittel** umfasst hierzu **2, 3, 4, 5,**

8 schön; **2** u. **8** reih., sowie **Wiener Harmonikas**

in **120** **St.** **ausnehmend** billig u. **hoch** gut. **Neuester**

Katalog (100 **Seiten** **Kart.** **m. 200** **Abbild.**) **umsonst.**

Musikwerke, **Violinen,** **Mundharm.,** **Bandolons,**

Süßern **billig.** **Garantie:** **zurücknahme** und **Geld**

retour. **Kein** **Risiko.** **Über** **5000** **Dankschreiben.**

Ia. Pflaumenmus

aus erster Hand.

Gründertreu, unter Garantie d. Haltbarkeit.

und **100** **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**

100 **St.** **120** **St.** **150** **St.** **200** **St.**